

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weißbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreieckshaltene Seite oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Der Militärstaat. — Wirtschaftliche Mundschau. — Politische Umstau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausschreitungen, Maßregelungen, Differenzen. Ein neuer Streitbrecheragent: Besammlung des Verbandsvorstandes. Berichte. Die Lage des Baumengewerbes im Karlsruher Bezirk. — Zentralkrankenkasse. — Von Bau: Anfälle, Arbeitsertrag, Submissionen etc. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkosten. — Anzeigen. — Feuilleton: Hamburgs Eßbunnen.

Der Militärstaat.

„Militarismus“, „Militärstaat“ — diese Worte spielen seit Jahren bei uns im Deutschen Reich in politischen Grterungen aller Art eine hervorragende, wo nicht die Hauptrolle. Gewisse Leute möchten glauben machen, es seien „Schlagworte“, von Gegnern unseres Heerwesens zu dessen Belamung erfunden, und besonders die Sozialdemokratie verbinde damit einen willkürlich konstruierten gehässigen Begriff. Als ob nicht ein ganz bestimmter Begriff durch die offenkundigen Tatsachen gegeben würde. Aber über diese Tatsachen möchte man gern hinweglschen und zu diesem Zweck behauptet man: Das Deutsche Reich sei das Reich der allgemeinen Wehrpflicht, also könne hier von einer einseitigen Ausgestaltung oder gar von einer Herrschaft des militärischen Interesses nicht die Rede sein.

Allerdings, nach der Thorie, die der allgemeine Wehrpflicht ursprünglich zu grunde gelegen hat, sollte da, wo diese Pflicht die Basis der Wehrverfassung bildet, ein Ueberwuchern und eine Herrschaft militärischer Snderinteressen unmöglich sein. Man kann mit Recht sagen, dass die allgemeine Wehrpflicht dem „ureigenen Geiste des deutschen Volkes“ entsprungen ist; der leitende Gedanke war ein dem Militrdespotismus entgegengesetzter: im Notfalle das Vaterland und seine eigenen Rechte verteidigen zu lnnen.

In der Praxis aber ist die Sache ganz anders. Das Militrsystem, das in der oben angedeuteten Hinsicht Mittel zum Zweck sein soll, ist Selbstzweck und Hauptzweck im Deutschen Reich geworden, dem nicht nur alle Kulturgewebe untergeordnet sind, sondern für den auch der weitaus grfte Teil der Mittel des öffentlichen Lebens aufgewendet wird.

Bor 45 Jahren schrieb der konservative Parteimann Hermann Wagener in seinen „Staats- und Gesellschaftslogen“ (Bd. 13 S. 378 ff.):

„Als zu Anfang dieses Jahrhunderts bildete der Militrstand ein in sich abgeschlossenes und den übrigen Staatsbürgern mehr oder weniger entfremdetes Gange, indem die Werbung, die langjrige Dienstzeit, Erfahrung usw. und viele andere Verhltisse den Gliedern der Armee eine Sonderstellung anwiesen. Erst nachdem in fmlichen europäischen Staaten die Armeen allgemein nur aus Landeskindern bestehen, und die Dienstpflicht unter Aushebung der früher in allen Staaten ufer zahlreichen Exemtionen, wodurch namentlich die wohlhabenderen Klassen fast ganz vom Militärdienst befreit waren, eine mehr oder weniger allgemeine geworden ist, hat eine für beide Teile heilsame und dem ganzen segensreiche Verschmelzung des Wehr- und des Nhrstandes stattgefunden.“

Diese Folgerung war schon damals, als sie niedergeschrieben wurde, nicht richtig, und heute trifft sie noch viel weniger zu. Bereits in den fnfzigern und sechziger Jahren klagten liberale Politiker in Preußen, uber die wachsenden Gefahren der Militrherrschaft, die zum Militrdespotismus führen müsse. Und damals bestand schon die allgemeine Wehrpflicht. Die Entwicklung, welche seitdem in Preußen-Deutschland der Militrismus genommen hat, kann daruber belehren, dass die demokratische Institution, die allgemeine Wehrpflicht, nicht davon bewahrt blieb, antodemokratischen Zwecken dienen zu müssen. Fürst Bismarck hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass für ihn beim stehenden Heere und

bei dessen kriegerischer Betätigung in erster Linie oder durchaus die dynastischen Interessen des Hohenzollernhauses maßgebend waren. In diesem Interesse gingten ihm alle anderen auf. Wesentlich von diesem Gesichtspunkt aus ist die Entwicklung unseres Militrismus zu betrachten und zu urteilen. Eine Bestimmung des Charakters und des Zwecks der Armee sprach Wilhelm II. am 18. November 1898 aus, als er in einer Ansprache an Soldaten sagte: „Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern Ihr sollt alle einen Willen haben, und das ist mein Wille; es gilt nur ein Gesetz, und das ist mein Gesetz.“

Die Entwicklung des Militrismus hat sich in einem stetig schroffer werdenden Gegensatz zu den Interessen des Volkes vollzogen. Zur materiellen Hinsicht ist zunächst zu verweisen auf das beständige ungeheure Anwachsen der Militärausgaben, die sich von 1872 bis 1906 auf etwa 35 Millionen Mark beliefen. Die nahezu vier Milliarden Schlden, die das Deutsche Reich seit 1876 gemacht hat, sind bis auf einen geringen Bruchteil dem Heer und der Marine zu gute gekommen. Riesige Summen, doch sie nötig gewesen wären, um die Wehrfchigkeit der Nation zu erhalten, ist auch von uns, oft mit gutem Grund bestritten worden. Man erinnere sich nur, von welch bestimmendem Einflus auf diese Entwicklung rein persönliche Anschauungen und Wunsche mggebender Faktoren, wie die Notwendigkeit der „Weltmachtpolitik“ gewesen sind. Selbstverndlich ist von diesem Einflus auch unsere ganze Wirtschaftspolitik in höchst ungünstiger Weise betroffen worden. In engster und unabhängiger Beziehung zum Militrismus steht das System der Boste und indirekten Steuern, das sowohl dem Militrismus wie seinen gefühls- und patriotischen Vertedigern, den Junkern und Großindustriellen, zu gute kommt. Für gewisse Eliten von Großkapitalisten ist der Militrismus die Quelle reicher Profits geworden, woraus sich der „Patriotismus“ dieser Eliten genngig ernsst.

So sind dem Volke zu Gunsten des Militrismus ungeheure Lasten aufgebürdet worden, unter denen besonders die arbeitenden Klassen schwer zu leiden haben.

So schlimm diese Konsequenz auch ist, so ist sie doch noch nicht die aller schlimmste. Wenigstens sind wir geneigt zu der Annahme, dass gegen über dieser materiellen resp. wirtschaftlichen Schädigung, die durch Anwendung geeigneter Mittel überwunden werden kann, gewisse andere Konsequenzen des Militrismus viel schwerer ins Gewicht fallen. Diese Konsequenzen sehen wir in dem aus dem ganzen System resultierenden Bestreben, das ganze politische und wirtschaftliche Leben dem Geiste des Militrismus, einem Geiste der Neuberuhung und Ausschließlichkeit, mehr und mehr unterzuordnen.

Jeder Angehörige des Deutschen Reiches soll, wenn er wohrfchig ist, einen Teil seiner Zeit und Kraft der Ausleistung der Wehrpflicht opfern. Aber mit Ausnahme der Berufssoldaten hat jeder Wehrpflichtige einen bürgerlichen Beruf, in dem er dazu beitragen muss, das zu schaffen, was der Militrismus gebraucht. Man mag, praktischen Erwägungen ausgehend, in Betracht der obwaltenden Verhltisse zugeben, dass der Soldat seine Angehörige zu einer Partei nicht betätigen soll, wärend seinem Denken und Fühlen die Disziplin keine Fesseln aufzulegen soll. Aber wir sehen, dass der Militrismus selbst Partei ist, dass er alle Soldaten ohne Unterschied auf ein bestimmtes politisches Programm, in welchem die Interessenwgungen herrschender Faktoren zum Ausdruck kommen, verpflichten will. Der Militrismus betreibt permanent politische Propaganda, die sich nach den politischen Ansichten und Bestrebungen der jeweiligen Machthaber richtet. Er erklärt politische Parteien, deren Dasein und Bestrebungen die Machthaber missbilligen, in Betruf, und ist bemüht, auf die Soldaten dahin einzutreten,

dass sie sich solchen Parteien gegen über feindlich stellen. Die Sozialdemokratie wird als der auf gewaltfamen Umstu sinnende „innere Feind“ betrachtet, den zwecks Verleidigung von Thron, Altar, Eigentum usw. niederguzwerfen, eine Aufgabe des Heeres sein lnne.

Nicht nur für die Dienstheit will der Militrismus die Wehrfchigen auf das politische Programm der Machthaber verpflichten, sondern auch darüber hinaus, für das ganze Leben! Man hat das unerhte Dogma erfunden, dass der, der den Fahnenfeind (bekanntlich ein „Gwangoid“) gesezt, „nach Ehre und Gewissen“ verpflichtet sei, auch als Bürger allezeit in politischen Anselegenheiten, bei Wahlen usw., nur so zu handeln, wie es den Ansichten und Wünschen des obersten Kriegsherrn und seiner Regierung entspricht. Zu diesem Dogma befreuen sich ganz offen die Kriegervereine. Insbesondere wird an den Reserveoffizier die Anforderung gestellt, dass er sich bei „Verlust seiner militärischen Ehre“ nicht zu mißliebigen Parteien bekennen.

Wird schon dadurch ein schroffer Gegensatz zwischen Militär und Volk geschaffen, so erhtzt dieser Gegensatz weitere Verschärfung durch das Bestreben, den Soldaten, hauptschlich den Berufssoldaten, als seinem persönlichen Wert und seiner Bedeutung nach „hoch erhaben“ lässt den „Bildmensch“ erscheinen zu lassen. Damit verbindet sich jener lrmstirrende, auf das bürgerliche Leben bertrogene militärische Sonder-Ehrebegriff, der – einen fürchterlichen Kontrast zu den Soldatenmisshandlungen durch Vorgesetzte bildend – im Duell und in brutalen, nicht selten mörderischen Selbstjustiz gegen wirkliche oder vermeintliche Befleidiger seinen Ausdruck findet.

Hinzukommt, dass der Adel die Besitzung der Offiziersstellen im Heere geradezu als sein Privileg erachtet und das dieser Prtention Rechnung getragen wird. Ferner, dass die massenhaft vorhandenen pensionierten Offiziere überall in amtliche und bürgerliche Stellungen eindringen, anderen, vielleicht viel tchigeren Menschen die Anstellung unmöglich machen. Durch die gesetzlich geregelte Anstellung von Militranwrtern, wonach diese Anstellung den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden geradezu Pflicht gemacht wird, erfährt der Interessenkonflikt zwischen Militrismus und Volk weitere Verhrfung.

Vercklichtigt man noch die der Vollstmlichkeit durchaus entbehrende militärische Sondergerichtsbarkeit und die so oft dem öffentlichen Rechtsbewusstsein widerstreitende Jurisdiktt der Militgerichte, so hat man so ziemlich alle die Tatsachen beisammen, aus denen sich mit unzweckfscher Gewissheit ergibt, dass im Deutschen Reich allerdings der Militrismus herrscht, dass wir mit bedeutslichen Auswirkungen des militärischen Geistes und mit einem nicht minder bedeutslichen Ueberwuchern militärischer Sonderinteressen zu rechnen haben.

Wirtschaftliche Mundschau.

Neue Diskontenrhungen der europäischen Rentennotenbanken: England und Deutschland. – Die Lage in Amerika. – Konkurse und Rückgang der Bestellungen.

Die Krisenhaften Ereignisse haben sich gelegentlich berfrkt. Allerdings sind sie noch immer vorwiegend auf den Geld- und Kreditmarkt und die Börsen beschränkt geblieben. Ferner bilden nach wie vor die vereinigten Staaten den eigentlichen Herd der Kreditkrise. Aber durch die notwendig gewordenen Gegenmaßnahmen gegen allzu starke Geldverluste sieht sich das europäische Unternehmertum gleichfalls vor einer unerhte Verstärkung des Leihkapitals gestellt.

Sehn die Diskontenrhungen der letzten Oktobertwoche waren außerordentlich; die Deutsche Reichsbank ging am 29. Oktober von 5½ pt. zu 6½ pt. ber, die Bank of England am 31. Oktober von 4½ pt. zu 5½ pt. Doch erst der Novemberanfang enthielt die große Deentlichkeit den ganzen Ernst der Lage. Bereits vom 4. November ab setzte die Londoner Bankleitung ihre

Mate auf 6 pgt., vom 7. November ab sogar auf 7 pgt. fest. Am nächsten Tage beschloß der Zentralausschuß der Reichsbank, den Zinsabzug für Wechsel übermals um ein halbes Prozent (von 6½ auf 7½ pgt.) zu steigern und entsprechend den Lombardzinsabzug (für Darlehen gegen Sicherlegung und Verpfändung von Wertpapieren und Waren) von 7½ auf 8½ pgt. einzurichten. Zugwischen hatten bereits die französische Bank, die belgische Nationalbank, die schweizerische Nationalbank zu gleichen oder ähnlichen Sicherungsmitteln gegrißt; es folgten die schwedische Reichsbank, die dänische Nationalbank, die Banke von Bombay und Bengalen. Dabei steht der Übergang zum neuen Jahre erst vor der Tür, der fast regelmäßig bei der Deutschen Reichsbank und bei anderen Centralbanken die höchste Inanspruchnahme mit sich bringt.

7 pgt. in England — seit dem größeren Krach der siebziger Jahre hat man einen solchen Bankdiktat nicht wieder erlebt. Neben 6 pgt. war die Bank seitdem niemals wieder hinausgegangen. 8 pgt. hatte man allerdings öfter erhoben, so Ende 1878, Anfang 1882, Ende 1889, Ende 1890, Ende 1899, schließlich im Oktober 1906. Und sogar die Verweisungspolitik im Jahre 1873 hatte sehr bald wieder eine niedrige Zinsstufe zurückgeführt, auf die in der Gegenwart durchweg in keiner Weise zu hoffen ist. Am Sonnabend, den 18. Oktober 1873, war es, daß die Bank von England den Diskont bis auf 7 pgt. anziehen zu müssen glaubte; am Sonnabend, den 1. November, war man damals bereits bei 8 pgt., am Freitag, den 7. November, bei 9 pgt. angelangt. Auf diese Höhe blieb man bis zum 20. November, der eine Herabsetzung bis auf 8 pgt. brachte; acht Tage darauf, am 27. November, begnügte man sich wieder mit 8 pgt., am Jahresende sogar mit 4½ pgt. Diesmal werden sich das Auf und Ab kaum so rasch folgen. Bis zum Schluß der ersten Novemberwoche hatte die Bank von England 6½ Millionen Pfund Sterling (180 Millionen Mark) Gold eingebüßt; das meiste davon war wohl über den Atlantischen Ozean gegangen. Aus den schwierigsten Verlogenheiten half die Bank von Frankreich, die gleich in den ersten Novembertagen ihrer englischen Kollegin 75 Millionen Francs Gold gegen Sterlingwechsel zur Verfügung stellte.

Die Deutsche Reichsbank brauchte noch niemals einen Diskont von 7½ pgt. zu normieren. Um auf ähnliche abnorme Verhältnisse zu stoßen, muß man bis auf den Beginn des deutsch-französischen Krieges zurückgehen, während dessen die Reichsbank selber bekanntlich noch nicht bestand. Sogar die Rate von 6 pgt. war bis 1898 etwas ganz Außerordentliches; nur 1870. und 1882 hatte man vorübergehend mit ihr rechnen müssen. Erst auf dem Gipfel der Hochconjunktur von 1898 bis 1900 gewöhnte man sich an die hohen Diskontsätze, die alsdann auch die diesjährige Prosperität seit 1905 begleiteten, während in den stilleren Zwischenjahren 1901 bis 1904 4 pgt. (1902 und 1903) und 5 pgt. (1901 und 1904) nicht überschritten wurden. In der jüngsten letzten Oktoberwoche hatte man mit der Rate von 6½ pgt. die Zurückhaltung des gefährlichen fremdländischen Goldgeschäfts — meist handelte es sich um Goldabströmungen nach England, jedoch im Hinsicht auf Amerika — nicht zu erreichen vermocht. Der Goldabfluß ins Ausland rückt zusehends, so daß der Wiederaufschwung vom 6. Oktober gegen die Vorwoche eine Abnahme des Metallbestandes um 58,12 Millionen Mark fand, daß bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Inanspruchnahme für Wechsel um fast 100 Millionen Mark (99,24 Millionen Mark), ferner bei einer Vermehrung der umlaufenden Noten um über 78 Millionen Mark. Am 8. November legte der Präsident Dr. Koch dem Zentralausschuß nochmals dar, daß die Reichsbank in einer Woche von neuem rund 50 Millionen Mark Gold an das Ausland verloren habe, teils in fremden Goldmünzen, teils in Zwanzigmarschstücken. Wenn man nicht den vollen Anprall des ausländischen Goldgebiets ausdrücklich auf Deutschland lenken wollte, so mußte man wohl über den Londoner Diskont-erhöhung sofort folgen.

Wie haben sich aber die Verhältnisse in Amerika selber gestaltet? Kaum wesentlich besser als wir sie das letzte Mal schilderten. Wie so oft, rückt sich der beispiellose amerikanische Gründungs- und Börsen schwund jetzt dadurch,

dass alle Werte nichtig und verdächtig erscheinen, außer dem Geld oder doch gesetzlich dem Hartgeld gesetzlich gestellten Zahlungsmitteln. Überaus hartgesetzlich leben wir in einem großen englischen Fachkreis: „Das dringendste Erfordernis ist augenscheinlich eine Maßregel, die bewirkt, der amerikanischen Geschäftswelt, in irgend welcher Form, Zahlungsmittel zugänglich zu machen, deren innerer Wert fraglos anerkannt wird. Die gewöhnlichen Hilfsmittel der wirtschaftlichen Zivilisation scheinen hier vorläufig zu verloren. Selbst ein so außerordentlicher Notbehelf, wie die Ausgabe von Clearinghaushaltseinheiten der Nationalbanken, hat nicht genügt. Wer Gold benötigt, hat es in Besitz zu nehmen; warum sollte man sich der einen Reichstumsform entzähnen, die bei dem heutigen abnormalen Zustand allein unerwünscht dasteht? Aber man muß etwas finden, und zwar sofort, was den Abgrund ausfüllt, der dadurch entstanden ist, daß alle gewöhnlichen Zahlungsmittel in ihrer Wirkungsfähigkeit zusammengekämpft sind, außer hartem Geld und seinen gefestigten Tresamitteln.“ Bis jetzt hat man jedoch noch nichts gefunden, und auch der Gedanke, den Kongress zu einer Sonderession, eigens für

papiere und in den Sanierungen schwankender Unternehmungen. So befandt J. Pierpont Morgan sein gutes Herz, indem er von ein paar hilflosen Kreishandelsgesellschaften die aufgelösten Aktien der Tennessee Coalen- und Eisenbahngesellschaft übernahm, zu einem Spottgeld natürlich, und zugleich mit dem beglückenden Gefühl, daß er nun mehr den zügigsten Gegner seines Staatsrechts vollständig in den Händen habe. Wenn das Börsenchaotenfeld besser zu überwinden sein wird, so werden wir als Ergebnis wahrscheinlich noch viele solche Konzentrationen konstatieren können.

Bei uns sind bisher größere Katastrophen nicht zu verzeichnen. Jedoch häufen sich die kleineren Zusammenbrüche mehr als je. Voran schreitet diesmal Hamburg ähnlich wie bei der letzten Krise Leipzig mit seinem Eisen- und Bergbauvortrieb. So stellte in den ersten Novembertagen die Firma F. Lappenberg, die Kommissionen, Import- und Exportgeschäfte betrieb, infolge großer Verluste an der Bärenlandshöfe, mit etwa 2 Millionen Mark Passiva, ihre Zahlungen ein. In Berlin ist dem großen Hotelgründungsring, der sich mit dem Namen Eberhard verknüpft, und den altherab Hotels innerhalb und außerhalb der Reichshauptstadt zu einem förmlichen Hotelsturm verengt hat, die Kreditverletzung und Geldlemme vorgelegt der Atem ausgegangen.

Für die Produktion wird sich die Zurückhaltung in den Bestellungen wahrscheinlich rasch fühlbar machen. Niemand möchte sich bei dem offenbar langandauernden Schwierigkeiten der Stoffbeschaffung irgendwie für die Zukunft engagieren; jedermann wartet mit seinem Auftrag, weil er später an niedrigeren Preisen abschließen hofft, und weil er bei der überwiegenden pessimistischen Stimmung den künftigen Absatz sich wesentlich eingeschränkt. Bis zum Jahresende werden wir uns deshalb noch auf viele Überraschungen gefaßt machen müssen.

Berlin, 11. November 1907. Mag Schippel.

Mit dem 30. November endet das Beitragsjahr im Zentralverband der Maurer! Wer möchte seiner Organisation etwas schuldig bleiben?

Die Beratung einer Bank- und Währungsreform, zusammenzubereiten, ist aufgegeben — einmal, weil jede Reform erst noch Monaten ihre Wirkungen entfalten könnte, ferner jedoch, weil Schwundwerte und Entwertungen im heutigen kapitalistischen System wohl durch eine allgemeine „Abrechnung“, d. h. eben: durch eine Krise, aber nicht mit Geldquadratbereich geheilt werden können, so notwendig für die Vereinigten Staaten die Herstellung einer größeren Zahlungsmittelsofortigkeit sonst sein mag. In der „Voss. Zeit.“ schildert ein Korrespondent noch heute die Lage folgendermaßen: „Die Goldprämie (das Aufgeld für wirkliche Goldmünze) von etwa 8 pgt. hat sich behauptet; Beizahlungen sind in Remscheid nicht unter 10 pgt. zu haben; die Gehälter und Löhne werden nach wie vor in Scheids (Wahlverhandlungen) ausbezahlt, und bedrohliche Gerichte laufen um von Schwierigkeiten hervorragender Kaufmännischer Firmen.“ Die Erregung kommt ferner darin zum Ausdruck, daß man die großen Trustkönige für den ganzen Zusammenschluß verantwortlich zu machen sucht; sie sollen die Kursspitze und die Panik gewollt haben, um die trustfreudlichen Agitationen und Gerichte zum Schweigen zu bringen. Das ist zum mindesten möglich übertrieben: sie sollen die Kursspitze und die Panik gewollt haben, um die trustfreudlichen Tätigkeiten zu fördern.

Wir fordern die Parteigenossen in ganz Preußen auf, am Dienstag, den 26. November, Wahlenversammlungen einzuberufen, um gegen das Unrecht, das bald 60 Jahre bestanden hat, zu protestieren.

In den Orten, wo aus lokalen Gründen die Protestversammlungen am Dienstag, den 26. November, nicht möglich sind, möge man eine solche Versammlung an einem der folgenden Tage, spätestens aber am Sonntag, den 1. Dezember, einberufen, damit das preußische Volk in der ersten Woche des Zusammenseins des Landtages zum Ausdruck bringt, wie es über die Schmach des Dreiklassenwahlrechts denkt.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreise. In der letzten Nummer unseres Blattes, beschäftigten wir uns mit den Ausschreibungen des Regierungskommissariats Dr. Roscher im östlichen Landtage. Der Herr hat unter Berufung auf eine die Steigerung der Löhne der Maurer in Sachsen betreffende Statistik unseres Verbands die Behauptung aufgestellt, daß die Lebensmittelverteilung durch die Löhne steigerung für die Massen der Arbeiter Sachsen ausgeschlagen werde. Wir haben darauf gezeigt, daß der Herr sich da in einem argen Irrtum befindet. Auch der Dresdener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ weiß ihm die Unhaltbarkeit seiner Beweisführung nach. Er schreibt, in Sachsen habe man besondere Anlaß, sich mit der Tatsache zu beschäftigen, daß die hohen

Hamburgs Elbtunnel.

Hamburg liegt an beiden Seiten der Elbe, rechts das Wohngebiet, links Häfen, Werften und Fabriken. Beide Seiten Brücken verbinden beide Ufer am südöstlichen Ende der Stadt, wo die Großschiffahrt aufhört; mittlerweile jedoch und weiter hinunter nach Nordwest, wo sich der grandiose Hafenverkehr abwickelt, wo linsenförmig von Jahr zu Jahr immer gesetzte Hafenanlagen, neue Werften und Werfteinweiterungen entstehen; entsteht Hamburg einerseits, zu allen Seiten sicher funktionierenden Verbindung zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten vieler Tausende seiner Bewohner, ein Mangel, der namentlich im Winter, wenn die Fährdampfer wegen Eisbreches außer Betrieb gezeigt werden müssen, zur schweren Katastrophe wird.

Fünfundzwanzig Jahre hindurch hat das Problem: bessere Verbindung der beiden Elbufer, die gefeierten Körperschaften und die sachverständigen Behörden beschäftigt; Hochbrücken, unter deren Bogen die silbernen Filmmajestät ungehindert hindurchsegeln könnten, Untergrundbahnen, große Bahnen und Tunnels wurden in den Ingenieurbüroausprojektet, aber immer schienen die Schwierigkeiten so groß, daß man sich nicht an die Ausführung solcher Projekte heranwagte, sondern sich immer wieder mit kleinen Verbesserungen des Fährbetriebs begnügte. Endlich, im Frühjahr 1904, brachte der Senat einen Antrag auf Erbauung eines Doppelstunnels an die Bürgerschaft, dessen Bauosten auf zirka 84 Millionen Mark veranschlagt waren.

Nach weitläufigen Verhandlungen ist schließlich folgender Plan zu stande gekommen, dessen Ausführung der bekannte Firma F. Holzmann & Co. in Frankfurt a. M. übertragen worden ist.

Auf beiden Ufern wird je ein seinfrechter Schacht von 22 m lichtem Durchmesser abgeteuft, zwischen deren Achsen die Tunnelänge 448,6 m beträgt. Der Tunnel soll mit

seiner Oberkante 6 und mit der Unterseite 17 m unter der jetzigen Sohle der Elbe liegen, so daß eine etwaige spätere Ausstieg des Fahrwagens auf 8 m Hamburgs Null und 13 m Hochwasser möglich ist. Die dann verbleibende Sanddicke von 8 m ist stark genug, ein Verdrücken des Tunnels durch gefundene Brüche zu verhindern.

Über die Ausgestaltung der Anlage und den Bau entnehmen wir einem Vortrage des Baumeisters O. Stodhauer im Architekten- und Ingenieurverein das Folgende: Die beiden Tunnelrohre, von denen jedes nur in einer Richtung befahrbar wird, haben einen äußeren Durchmesser von 6 m; sie werden mit gebogenem Profilisen umkleidet — wodurch 5000 Tonnen (à 20 Zentner) erforderlich sind — und ausbetoniert. Die Fahrbahn hat eine Spurweite von 1,82 m, beiderseits schließen sich an sie 1,25 m breite Fußwege an. Die Seitenwände sind senkrecht angeordnet, um das Innere freundlicher und höher erscheinen zu lassen. Zugleich wird dadurch der Vorteil erreicht, daß eine gewisse Betonmenge eingespart werden kann und der Tunnel schwerer wird. Immerhin wiegt der Tunnel auch damit noch weniger als das verdrängte Wasser, hat also das Verkehrs aufzuschwimmen. Es wäre also zu befürchten, daß er im Verlauf der Jahre langsam in die Höhe wandert und dabei Spannungen und Unbilligkeiten erleidet. Um dieses zu verhindern, werden pro laufendes Meter 3100 kg Eisenbalalai eingebaut, wodurch das Eigengewicht des Tunnels auf 1,01 steigt.

Von den beiden Schächten aus hat die Tunnelsohle ein Gefäß von 1,50 = 1:100, und an den beiden Anknüpfungspunkten des Gefäßes sind Pumpenkünste vorgesehen, die das zum Reinigen des Tunnels benutzte Wasser samt den tierischen Abgängen aufzunehmen. Zwei Hochdruckzentrifugalpumpen, von denen die eine zur Reserve dient, heben die Abwässer in die städtischen Siele.

Das ganze Innere soll mit Porzellansplatten ausgekleidet und durch elektrische Glühlampen hell erleuchtet werden.

In jedem der Fahrschächte laufen sechs Aufzüge, von denen die mittleren vier für Wagen, die äußeren zwei für Personenaufzüge bestimmt sind. Jeder Aufzug soll nur in einer Richtung benutzt werden, um Kreuzungen des Verkehrs zu vermeiden.

Die Geschwindigkeit der Aufzüge ist verschieden. Am raschesten laufen die Personenaufzüge, die einschließlich der Anfuhr- und Berggerüstsperioden 25 Sekunden für die Bewegung brauchen. Die kleinen Wagenaufzüge sollen den Weg in 30, die großen in 35 Sekunden zurücklegen. Am Anfang des Betriebes wird ein Führer mitfahren und den Aufzug vom Fahrlstock aus ein- und ausschalten; zu diesem Zweck sind in den Wagenaufzügen neben der Einfahrtstür kleine Austritte angeordnet. Nach Gewöhnung des Publikums, und besonders für den Wagenverkehr, wird man wohl auf Begleitung verzichten können. Um dies zu ermöglichen, ist eine zweite vom Standpunkt des den Verkehr regelnden Wärters zu bedienende Steuerung vorgesehen. Der Wärter wird nur einen Hebel umlegen, haben, alles weitere, das Ein- und Ausschalten der verdeckten Geschwindigkeitsstufen sowie das Anhalten am Ende der Fahrt, befreigt der Aufzug automatisch. Es wird dadurch ein Zeit gewonnen, am Personal gespart. Für den Notfall, daß aus irgend einem Grunde ein Aufzug unterwegs stehen bleibt, sind an je zwei benachbarten Aufzügen kleine Balkone angeordnet, mit Hülfse der Personen in den benachbarten, in gleicher Höhe zu fahrenden Aufzug überreten können. Außerdem werden in jeden Schacht doppelseitige Rolltreppen in leichter Eisenkonstruktion eingebaut, die dem Publikum öffnen sollen, wahrscheinlich aber, weil sie 141 Stufen zählen, im regelmäßigen Betrieb sehr wenig benutzt werden. Für einen Personenaufzug sind sie ohnehin wegen ihrer auf 1,40 m festgesetzten Breite nicht geeignet.

Sämtliche für die Bewegung der Aufzüge erforderlichen Motoren, Winden und Hülfsmaschinen werden in

Lebensmittelpreise auf die Volksversorgung drücken, da dort die Lebenshaltung eines immerhin erheblichen Teiles der Bevölkerung schon in Jahren mit mäßigen Lebensmittelpreisen sehr bestreikt ist. Dazu führt er aus:

Wer das kennen lernen will, der muß die Verhältnisse in gewissen Industriegebieten prüfen; nicht etwa in den Erzgebirge und im Vogtlande. Vieles ist in den letzten Jahren verändert worden, aber auch heute sind noch lange Arbeitszeiten, geringe Löhne, Armutlichkeit geradezu ihr Kennzeichen mancher Orte; soziale Zustände, von denen man sagen kann: „Das Leben ganzes Jammer packt mich an!“ Ueber die Ursachen wollen wir heute nicht reden.

Diese Arbeiterschärferei mit dem Bienenstich und dem leeren Wagen wird von der gegenwärtigen Fleischaussteuerung wenig beruhigt. Soll sie sich regelmäßig den Sonntags einen Braten oder selbts nur ein Stück Suppenfleisch kaufen, dann müssen die Preise schon so stehen, wie zu Großdampferien. Die Hauptnahrung dieser Bevölkerung bildet Brot und Kartoffeln. Solange da erträgliche Preise herzielen, sagt sie selbst „Ihr ist die Bedürftigkeit von Kindesbrüder an zur Lebensnot, zur notwendigen Tugend, gewissmachend zur Freiheit und geworden.“ Sie ist selbst ein Mensch mehr für das Brot eine Last. Dieser Mensch bedeutet für sie eine Einsicht mehr; was hier zugelegt wird, muß der restliche Lebenshaltung an einer anderen Seite wieder abgerungen werden. Bei einem wöchentlichen Einkommen vieler kinderreicher Arbeiterschäfte von 10—12 und bei den heutigen Lebensmittelpreisen wird alles Thorosserieren über das Existenzminimum überflüssig. Die Tatsachen reden hier lauter als Worte.

Der Korrespondent des bürgerlichen Blattes sagt dann, die Annahme des Dr. Rosler, daß die Steigerung der Arbeitslöhne die erhöhte Lebensmittelpreise ganz ausgeglichen habe, nur ganz ausnahmsweise zutreffend:

In manchen weitabgelegenen Gewerbezweigen Sachsen sind in den letzten Jahren überhaupt keine Lohnsteigerungen eingetreten; in einzigen sind die Arbeiterschäfte sogar zurückgegangen. Und wenn man das alles nicht weiß, so würde doch die amüsante südländische Einwohnungsfrage eine sehr deutliche Sprache reden. Im Jahre 1905 hätten von 1942 359 eingeschlagenen pfälzischen Betrieben 866 801 ein Einkommen, bis zu 11 700, ein soldes bis zu 11 950 hatten 1 312 389. In diesen Fällen heißt das Einkommen der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeiter. Diese Statistik ist in der zweiten Nummer völlig unter den Tisch gefallen, obwohl sie bei einer Förderung der Lebensmittelverarbeitung das größte Ansehen genießen sollte. Selbst Ministerialdirektor Dr. Rosler — ein hervorragender, sonst stets saghaft denkender Beamter, der ein hohes Sozialempfinden gewissmachen als Familienerbe besitzt — zeigte sich als Regierungssprecher von überzeugender Einflusslosigkeit. Muß zu beweisen, daß die Arbeiterschäfte die Lebensmittelsteuerung wohl tragen könne, griff er auf die legitime Verteilung des Deutschen Bauernverbandes zurück. Er hatte, nach die Stellung des Metallarbeiterverbandes und anderer Organisationen herausnehmen können, die Verteilungen in den letzten Jahren verringern lassen. Alle diese Statistiken beweist doch aber nur, daß einzelne, wenn auch weiterhin Arbeiterschäfte ihre Einkommen verbesserten, umwanderten, schwächten, in meistem Verbänndnis das zu den Preissteigerungen der hauptsächlichen Gebrauchsgegenstände, der ganzen Lebenshaltung getroffen, in noch einmal verschärft worden. Man muß wiederum gegen eine Beweisführung erdenken, die aus der Arbeitslosigkeit resultiert. Jedoch die Lohnsteigerungen herausredet, gelungen und ständig gehobene Löhne aber unbedenklich läßt. Diese Weise ist politisch und wissenschaftlich ungültig.

Das stellt sich ganz mit unseren Ausführungen. Hier wollen wir gleich einen Fehler bekräftigen, der früher in unserer ersten, dritter Abzug, dieser Sitz, eingeschlichen war. Da heißt es: „Neuer aber Äuferer dann Herr Dr. Rosler (er ist der Sohn des bekannten Bodenwirtschaftslehrers), daß es, unter dem Gesichtspunkte wissenschaftlicher Disziplin betrachtet, ganz unzulässig ist, der Steigerung der Löhne nur die Steigerung der Gewerkschaften entgegenzusetzen.“ Es muß heißen: was unter dem Gesichtspunkte ist.

einer im ersten Stock der Einfahrtshalle liegenden Pfostenbalken vereinigt, wo sie mit dem geringsten Aufwand an Personal zu bedienen und zu bearbeitigen sind. Für die Bohrung der Tunnelrohre kommt der Boden sehr in Betracht. Die Unterfuhrung hat ergeben, daß unfehlbar (Steinwärderseite) bis etwa zur Mitte des Elbbettes, der Boden aus wasser durchlässigen Sand, teilweise Kiesstrand, besteht, während auf der anderen Seite (St. Pauli) der Tunnel in festgelagertem Tonnergel zu liegen kommt. Dies in Berücksichtigung gezozen, wäre es richtig, auf der rechten Seite, im Tonnergel, zu beginnen. Dem steht jedoch entgegen, daß dort zur Zeit unter großen Bauten auszuführen (Umbau der Handelsbrücke) werden. Der Baubogen wird sich deshalb im ganzen folgendermaßen gestalten: zunächst Abhängen des Fährhäckels Steinpfeiler bis zum Frühjahr nächsten Jahres. Dann Vorstoss der beiden Tunnelrohre von ihm aus, was etwa 2½ Jahre erfordert.

Am Frühjahr 1909 sollen die Arbeiten in St. Pauli, die Schachtabteilung, beginnen, um rechtzeitig fertig zu sein, wenn der Tunnelbetrieb das rechte Elburo erreicht. Der Durchstich ist im Sommer 1910 zu erwarten, in dem in allgemeinem auch alle anderen Anlagen, die Einfahrtshallen, Zollgebäude usw. zu erbauen sind. Im Frühjahr 1911 soll das ganze Werk vollendet sein. Die Kosten sind nunmehr auf 11 900 000 veranschlagt.

Der Fahrstach Steinwärder wird pneumatisch versetzt und als Eisenbetonkonstruktion ausgeführt. Er enthält außen einen festeitig genieteten und verkleimten Blechmantel, auf dem innen ein wasserdrückender Schalungsteerter Leinwand aufgezettet wird. Das eigentliche Schachtauwerkerwerk wird außen in einer 80 cm starken Schalung mit seitlich, im Verhältnis 1:1:1/4 gemischt, dahinter mit gewöhnlichem Beton, im Verhältnis 1:7, hergestellt.

Der Vorgang beim Bau wird dann folgender sein: Es wird zunächst eine offene Baugruben hergestellt und in

Die Gelben „rechtsfertigen“ sich. Der Vorstand des Bundes „vaterländischer Arbeitervereine“, d. h. der gelben Gewerkschaften, ist in Gera beisammen gewesen und hat eine Erklärung beschlossen, die in dem Organ des Berlins „Deutsche Freiheit“ veröffentlicht wird. Es steht darin: „Dauernd gegen den Bund vaterländischer Arbeitervereine, und zwar mit den Absichten, seine Bestrebungen zu beschimpfen, der Vorwurf erhoben wird, er umfaßt „gelbe Gewerkschaften“, sei sogar in der Absicht gesündigt, eine Befreiung solcher Gewerkschaften zu bilden, erklären wir folgendes: „Im Bund vaterländischer Arbeitervereine befindet sich nicht ein einziger Verein, der sich selbst zu den gelben Gewerkschaften rechnet und anderen Befreiung abdeutet, um sie zu dienen. Gemeinschaften zu zählen; auch ist nicht ein einziger Verein im Bunde vertreten, der seine Mitgliedschaft auf einen bestimmten Betrieb beschränkt. Es ist zu bedauern, daß überhaupt der Ausdruck „gelbe Gewerkschaften“ von irgend einer Seite als zurecht entgegengenommen wurde und Beteiligung sehr selbts in dieser Weise bestimmt, da sie dadurch ergebende Bezeichnung auf die Verhältnisse in Frankreich verwirrend gewirkt hat. Wir erachten es als eine selbstverständliche Pflicht, für den einzelnen Arbeiter wie für Arbeitervereine, an dem geistig gewohntesten Verbindung und Aussichtsfeld festzuhalten. Wenn Unternehmer oder andere bürgerliche Freunde der Sache die Gründung von Arbeitervereinen anstreben, unterstützen und den gründenden Vereinen freundlich beratend zur Seite stehen, so erfreuen wir darum kein Ansehen einer gelben Gewerkschaft, vielmehr kann damit ein freierlicher Ausgleich zwischen den beiden wichtigsten Faktoren unseres Volkswohlsstands in die Erreichung treten. Selbstverständlich ist die Voraussetzung für die Zugänglichkeit zum Bunde, daß bei der Gründung und dem späteren Verhältnis auch der Schein eines Zwanges vermieden werde. Und erachten wir es nicht gegen die Freiheit des Arbeiters verstörend, wenn durch Unternehmer oder durch andere Kreise Wohlhaberseinschlüsse für Arbeitervereine getroffen oder befürchtet werden? Auch ist es mit der Freiheit des Arbeiters nichts zu tun, wenn Berline zur Verteilung der Rechte und Pflichten haben, daß die Mitglieder seinem anderen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterverein angehören. Tantum in der Wille zum Eintritt und Austritt in einer Weise befähigt. Tatsächlich wird diese Vorstufe auch von allen bestehenden Arbeiterschäften gebraucht, wie das Verteilungsprinzip, Treue gegen Kaiser und Reich für Mitglieder unserer Gewerkschäfte auch ohne besondere Verteilung ganz selbstverständlich ist. Die Gründung von Arbeitervereinen auf besondere Weise hatten wir jetzt für wichtigstens, daß dann sie durch deutsche Verhältnisse gegeben seien. Auch wird durch sozialdemokratische Terroristen die Verteilung einzelner Betriebe mit antisozialdemokratischen Arbeitern geprägt erinnern, und die Gewaltästhetik des Bundes wird mit geeigneten Vereinen dabehende Verhandlungen zu treffen haben. In solchen Fällen ist ein Verein oft gar nicht zu umgehen.“

Tas ist eine recht absonderliche „Rechtsfertigung“. Die vaterländischen Arbeitervereine können doch die Erfüllung dieser „Rechtsfertigung“ völlig bündig machen, nicht aus der Welt idozen. Sind sie sich dessen denn wirklich nicht bewußt, daß das Unternehmertum sie im braucht, um terroristisch gegen die freien Arbeiterschäfte vorzugehen? Auf Betreiben und mit Unterstützung des Unternehmertums sind diese Vereine geschaffen worden; mit seiner autoritären Autorisierung aber ist das Vereinigungsschein aus, um den freien Organisationen in den Rüden zu helfen. Und das Neun ist ihr Vorstand einen „erfreulichen Ausgleich“! Von dem Augenblick an, wo sie das Aussichtsfeld gebräuchten würden, hätten sie aufzuhören, die Schokolade des Unternehmertums zu sein.

Und die Phrase „Treue zu Kaiser und Reich“? Was hat die zu tun mit den Verhältnissen der Arbeiter, ihre Interessen gegenüber dem Kapitalismus zu verteidigen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, ihre Lage zu bessern? Nein, gar nichts! Wenn freie Gewerkschäfte erlaubt würden, daß sie nur solche Arbeitern dulden, die auf die sozialdemokratischen Prinzipien schwören, daß Mitglieder nicht mit anderweitenden Arbeitern zusammenarbeiten dürfen — na, das Gehört über Terroris-

mus, das sich dann erheben würde! Der Vorstand des „vaterländischen Arbeitervereins“ aber verteidigt im Namen der Freiheit geradezu die vom Unternehmer mit Hilfe dieses Berlins gelb terrorisierte Brüder, Arbeiter, die anderen Organisationen und einer anderen Richtung angehören, zu maßregeln. Da heißt es: entweder dem „vaterländischen Arbeiterverein“ beitreten, oder Entlassung aus der Arbeit.

Wir hoffen nun allerdings, daß die Zeit nicht fern ist, wo es den Unternehmern nicht mehr gelingt, Arbeiter in dieser Vereine einzuzwingen. Für die meisten der Mitglieder der gelben Gewerkschaften könnte von einem freiwilligen Eintritt in dieselbe nicht die Rede sein. Sie sind zur Mitgliedschaft gezwungen worden. Und dieser Versuch wird einen Ende nehmen!

Der Terrorismus-Schwindel. Die Rebe, die der preußische Handelsminister auf dem Festmahl der Delegierten des Verbands deutscher Industrieller gehalten hat, wird von dem Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, dem offiziellen Regierungssorgan, ganz im Sinne der Schwarzmauer kritisirt. Sie schreibt: „Das Minister fordert, daß Ordnung und Autorität als Voraussetzungen für den ganzen Auf und die Tätigkeit deutscher Arbeit wünschen müßten, vornehmlich in unserem zentralen Krankenhausfeld, ist auch von anderen Seiten erhoben, ebenso wie die Aufrechterhaltung der Rechtsordnungen. Auch für den Gedanken ist das Verständnis in weiten Kreisen des Volkes gewachsen, daß die Freiheit der Arbeiter wirkungsvoller als bisher gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie zu schützen ist. An ihm findet sich jenes sogenannte sozialistische Habell, ihre engen Grenzen, die und die Klassenkampfgesetze der Sozialdemokratie für es; die ein Juwelenarbeiter von Arbeiter und Unternehmer immer von neuem untergraben. Und doch ist die Gewissenssorge für unsere wirtschaftliche Zukunft notwendig, daß wirtschaftliche Unternehmungen eine Geweisschaft für die unmittelbare Produktion der Güter bilden und bilden müssen, die die Nation bedarf, und das soll die Arbeiterschäfte ihrer Aufgabe lösen, sie mindestens so lange dauernd, bis das Gut produziert ist; sie kann aber nur gedeihen, wenn Gewissenssinn, das Verständnis und Liebe für die gemeinsamen Aufgaben vorhanden ist. Deshalb erhält der Blick der gewidmeten Arbeitsschäfte mit Sicherheit das Herz jedes weitschauenden Bürgers mit tiefer Verzweiflung.“

Außerdem mit der „sogenannten konstitutionellen Politik“, d. h. der auf Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeiter und Unternehmer beruhenden Arbeit, ist es nicht. Es findet nach der Behauptung des offiziellen Blattes keine Grenze zu „Terrorismus der Sozialdemokratie“. Ergo, auch das Koalitionsrecht der Arbeiter „verdient“ werden. Das ist der Sinn der Ausföhrung der „Nord. Allgem. Zeit.“ Die „Deutsche Tageszeitung“, das Agrar-Organ, begrüßt die vielversprechende offizielle Auskündigung mit den Worten: „Hoffentlich ringen sich unsere möggebenden Kreise in weiter mehr zu der Auseinandersetzung, daß der Terrorismus der Genossen mit schweren Waffen zu bekämpfen sei.“

Außerdem hier mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschäfte. Nur den „Terrorismus der Sozialdemokratie“ nennt man und das Recht der Arbeiterschäfte meint man —

„In liberalen Städten verdeckt ein Herr Dr. Hugo Böthke eine große Unwahrheit. Er behauptet, die sozialdemokratischen Rechten“ der Bergleute des Ruhrgebiets hätten den „anderen“ eine namentliche Abstimmung in der Frage des neuen Knappensatzes aufgezwungen“. Dr. Böthke schreibt:

Die Grundlagsfloskel der Sozialdemokratie, mit der sie den Terrorismus logar über demokratische Programmsforderungen legen läßt, wird dadurch aufs neue offenbart, daß sie in der Sitzung des Knappensatzvereins die öffentliche Stimmberechtigung durchgedrückt hat. Die sozialdemokratischen Vertreter des alten Verbands waren den bisherigen Abstimmungswunschen der geheimen Abstimmung um und segten namentlich, daß es öffentliche Abstimmung durch, nur zu dem einen Zweck, ein Abwählen von der sozialdemokratischen Parole zu hindern

der Mitte ein Gerüst für zwei Doppelturmkäne errichtet. In dieser Baugrube wird dann die Caissonwand montiert. Nach Beendigung der Montage erfolgt die Aktionierung des Schachtauwerkerwerks bis zu einer gewissen Höhe, unter gleichzeitiger Verfestigung durch Begrenzung von Ende auf dem Innern, solange sich der Wasserstand bewegen läßt.

Ist der Wasserstand zu stark, so muß die Caissonwand eingebaut und der Arbeitsraum unter Druckluft gesetzt werden. Die weitere Verfestigung erfolgt dann in üblicher Weise durch Abgraben und Auskleiden der Erde unter gleichzeitiger Höherbelastung der Schachtabwand. Bei der großen Ausdehnung des Sanktions — der Arbeitsgruppe bildet eine 8,5 m hohe Halle, in der auf Stühlen bequem 1000 Personen Platz fänden — ist eine Abhängung in Ketten und Schrauben nicht erforderlich. Im Gegenteil, es wird noch ein gewisser, auf die Caissonwand aufzutreibender Balkon notwendig werden. Wenn man auf diese Weise nach unten gelangt, wobei der Druck im Arbeitsraum allmählich auf 2,4 Atmospären steigt, wird die Luft abgeleitet.

Durch eine Klappe in der Decke können dann die an der Oberfläche montierten Schilder herabgelassen werden. Nachdem dies geschahen ist, wird die Decke wieder geschlossen, wieder unter Druckluft gesetzt und die Schachtabwand für den Bau des Verbindungsstunnels durchbrochen. Nach vollendetem Durchbruch wird der Schild am gelöst und in das Erdgeschoss vorgesetzten. Die Herstellung des Tunnels erfolgt dann in üblicher Weise im Schuh des Schildes. Um den Boden durch die vor dem Schild austretende Druckluft nicht in zu großem Umfang aufzulösen und damit die Gefahr von Durchbrechen, somit wie überhaupt möglich, zu beschränken, wird den zweiten Tunnel in einem Abstand von etwa 100 m hinter dem ersten erfolgen. Wenn beide Schilder genügend weit vorgeschoben

sind, werden die Tunnels durch mit Schleusen versehene Trennungshäuse abgeschlossen und der Schacht geöffnet.

Der Luftdruck beim Bau wird bis auf 2,4 Atmospären überdrückt steigen, und in diesem Druck werden in drei Sichten im ganzen etwa 240 Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiten in dieser Druckluft sind nicht ungefährlich. In New York sind bei einem Doppeltunnel im vorigen Jahre allein 43 Menschen ums Leben gekommen. Außerdem waren die Sicherheitsvorkehrungen doch auch so, daß man nach dem Staatsanwalt schreibt: „Der Blauduktunnel in London, der Tonnergel durchschneidet, hat überhaupt keine Opfer an Menschenleben verlangt.“

Jedenfalls ist aber selbstverständlich, daß alles, was die heutige Technik und Wissenschaft Brauchbares zum Schutz der Arbeiter gefunden hat, angewandt werden muß und wird. Es werden unter Herauszierung der Medizinalbehörde zur Zeit die ausführlichsten sanitären und technischen Unfallverhütungsvorschriften ausgearbeitet. Durch ständige ärztliche Überwachung aller beim Tunnelbau Beschäftigten sollen Erkrankungen möglichst eingeschränkt werden.

Unvorhergesehene Ereignisse werden kommen, mehr als bei anderen Bauwerken, und mit einschneidender Folgen. Wir wissen heute noch nicht, wann sie kommen und wie wir sie überwinden werden. Aber wie wissen, daß die moderne Technik sie überwinden wird.

„Ist aber der Tunnel erst vollendet, dann wird Hamburg um ein Ingenieurbaumeister reicher sein, wie es sich in gleicher Eigenart in Deutschland nicht wiederfindet. Wir haben dann zwischen den Ufern der Elbe eine Verbindung im Hollerlande: die Elbbrücke; wir haben dann neu geschafft eine Verbindung vom Freihafen mit Holloland: den Tunnel. Eine dritte Aufgabe horcht dann immer noch der Lösung: eine Verbindung vom Freihafen zu Freihafen.“

und den Unterhändlern das Recht der freien Meinung abzukämpfen.

Gegen diese Terroristimusste nimmt "Der Bergarbeiter", Organ des Gewerbevereins der deutschen Bergleute Hirsch-Dunder, Stellung. Redakteur des Blattes ist Herr Hammacher, der als Mitglied der Siebenen-Kommission genau mit allen Einzelheiten der Statutenberatung vertraut ist. Das Blatt schreibt:

"Uns hier muss wieder der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe die öffentliche Stimmenabgabe durchgebrückt, ganz entschleben zu gänzlich gelöscht werden. Die Sozialdemokratie hat mit der Zustimmung der Bergarbeiter zu dem neuen Statut nichts zu tun, die nichtzialdemokratischen Parteien und Bergarbeiterorganisationen würden sich jeden Verlust nach dieser Seite hin aus ganz energetisch verbüten. Meistl man denn gar nicht, dass bisher nur das rein bergmännische Vorgehen ein einheitliches Handeln der verschiedenen Organisationen überhaupt ermöglicht hat."

Nicht die Sozialdemokratie hat die öffentliche Stimmenabgabe durchgebrückt, sondern die namentliche Abstimmung wurde von den Arbeitern aller Richtungen in einer gemeinschaftlichen Konferenz beschlossen, wogegen erhab sich keine einzige Stimme. Auf dieser Konferenz waren auch solche Arbeiter anwesend, die in der Generalversammlung für das Statut gestimmt haben, also auch diese hatten gegen die namentliche Abstimmung keine Bedenken. Die Arbeiter haben sich also aus freiem Willen die namentliche Abstimmung zur Würde gemacht, indem sie glaubten, dies bei ihren Wählern schuldig zu sein. Wie stand es denn in dieser Beziehung früher bei den Abstimmungen mittels Stimmzettel? Ein Teil der Arbeitnehmer versteckte sich hinter den Stimmzetteln und verschaffte ihr wirkliches Verhalten bei der Abstimmung, sie führten also ihre eigenen Wähler, um ihre Kollegen hinters Licht zu führen, um der Ruhm aus dem Wege zu geben. Mit diesem unwidrigen Verstand haben die Arbeitnehmer dieses Mal aufgeräumt, und das war ihr gutes Recht. Die sozialpolitischen der Wahlbezirks haben als Freimänner gehandelt.

Damit ist wieder eine Terroristimusste entstanden.

Pensionen und Unfallrenten. Die Jünter und die Scharfmacher können sich nicht genug in Klagen darüber tun, dass die Arbeiter, die von der Industrie zu Krückspulen geschossen worden sind, Krankheiten und Gebrechen simmieren, um im Genusse der Unfallrenten auf fremde Kosten einen Schlemmerleben führen zu können. Ein preußischer Graf war es, der im Herrenhaus das brutale Wort sprach, dass die Arbeiter sich freuen, wenn sie einen Knacks bekommen, weil sie dann von ihren Unfallrenten faulenzen können.

Die Klagen tragen den Stempel der Heuchelei an der Stirn. Nicht nur, dass die Unfallrenten jämmerlich niedrig sind und nur einen Teil des Verlustes ersehen, den der Arbeiter im Dienste der Industrie an seiner Körperfunktion verloren hat, es ist diese armelose Rente nicht einmal gesetzlich. Die Verlehrten müssen Jahr für Jahr gegen die Berufsgenossenschaften kämpfen, die das Bestreben haben, die bewilligten Renten herabzusetzen oder aufzuheben. Dieser Kampf um die Rente wird zu einer solchen Folter für die berücksichtigten Arbeiter, dass die Arbeiter eine nervöse Rentenkrankheit bereits kennen, die aus den Prozessen um die Sicherstellung der Rente entsteht. Und um die Fürgung der Invalidenrente bemühen sich jahraus, jahrein die Ressortministerien und mehr Verwaltungsausgaben erfordern, als sie den armen Rentenbeziehern von ihren dürftigen Pfennigen abnehmen können.

Wieviel bequemer haben es die Grafen und Barone in der Gewinnung ihrer Unfallrenten! Sie brauchen sich nicht verkrüppeln zu lassen, sie legen sich nicht dem langsame Untergang der Industrie aus, und sie haben es nicht notwendig, um die Rente zu ringen, und die Rente beträgt ebensoviel Tausende, wie die Arbeiter Gehörner erhalten. Ein Stabsarzt beweint ihnen ihre Dienstunfähigkeit und kann erhalten nie aus dem vollen Kompositkästsel der für die Jünter referierten Sozialpolitik eine gefährliche Erkrankung bis ins hohe Alter hinein.

Für die Proletarier führt der Weg zur Bettelrente über die Verkrüppelung. Für Jünteroffiziere bedarf es nur der kleinen Gemüthung, dass ihre alzu eifigen Anstrengungen hinter der Front sie zum Dienste vor der Front untauglich machen. Die Unfallrente der Arbeiter ist mit Blut und Verzweiflung gedungen, und man schimpft die Opfer dann noch Simulant und Faulenzer. Edelste der Nation aber verlegen einfach den § 175, sie missbrauchen in verbrecherischer Weise die Dienstgewalt gegen Soldaten, und dann erhalten sie ihre Unfallrenten auf dem Gebiete der verfehlten Viebe.

So wurde Graf Lyrat, der Soldatenhänder, im November 1906 mit Pension verabschiedet, wie die Rangliste für 1907 ausweist. Der älteste Sohn des früheren Prinzenregenten von Braunschweig ging denselben Platz. Graf Hohenau konnte sogar mit der Generalspension seine aktive Tätigkeit in der Armee beenden. Andere Offiziere wurden auf dieselbe Weise mit Pensionen entlassen. Die verkrüppelten Arbeiter aber sind Faulenzer und Simulant. Darunter gehören sie auch nicht zu den Edelsten der Nation und zu den Edelsten des Menschenkundens. Die Jugend steht zwar in der christlichen Weltordnung, aber das Vater im vornehmsten Alter kriegt die Pension.

Mehrwert! Das Jahr 1906 stand im Zeichen der Hochkonjunktur. Wohl fehlte es nicht an Hinweisen auf den kommenden Umschlag, aber sie verhinderten der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsgetriebes keinen Eintrag zu tun. Beteiligt auch. Dieser logorische Imperativ war der Grundton, der überall auf dem Gescamp und Geschäft der Kapitalistischen Prostitution herausklang. Kaum irgend eine Industrie, kaum irgend ein Gewerbezweig machte darin eine Ausnahme. Das Kapital hielt goldene Ernte. Neue Vermögen, neue gewaltige Reichtümer wurden geschaffen. Die Arbeit vor den Hochöfen, in den Kohlen- und Erzschächten, in den Fabrikhallen und auf den Bauwerken, wie in den Speichern und auf den Kais schuf neue Werte und Mehrwerte. Aber für wen? Eine Zusammenstellung des "Vorwärts" der Abschlüsse

einiger grobindustrieller Unternehmungen gibt die Antwort darauf:

Gesellschaft	Geschäfts-jahr	Aktien-capital in tausend K.	Basis der Arbeiter	Reingewinn	
				in Gruppe der Arbeiter	in Gruppe der Arbeiter
Schalter Gruben	1906	10200	7091	4873642	43
Niederrhein. Hütten	1906	11500	7045	3675359	32
	1906	20000	9888	5771957	181
Nomburger Hütte	1906/07	83000	6717	4891575	143
Glener Bergwerke	1906	8500	8088	2129265	25
Wiheln. Stahlwerke	1906/07	30000	9885	4777417	16
Almegr. Friede...	1906/07	20500	4206	8270121	304
Hoech. A.-G...	1906/07	15000	8252	4380690	30
Hörder Werke...	1905/06	27028	7961	5060437	181
Konsolidation...	1906	16000	5628	5157272	82
	1906/07	100000	30944	17908039	18
Insgesamt...				291728	100970
				64420794	22
					644

Es haben also 100070 Arbeiter M. 6420794 Reingewinn für die Aktiengesellschaft, jeder Arbeiter im Durchschnitt M. 644 — in einem einzigen Jahre!

130 Millionen Mark neue Steuern! Und zwar vorläufig nur! Das die Ende wird noch nachkommen. Die fröhliche Aussicht eröffnet der nationalliberalen Reichstag-geordnete Dr. Waasch den deutschen Steuerzählern in einem Vortrage, den er seinen Wählern in Kreuznach hält. Nachdem er ausgeschredet, dass wir dieses Jahr „nur“ 80 Millionen Mark zur Deckung des Defizits brauchen, führt er fort:

"Nun kommen noch die neuen Flottenausgaben, dann die Neuregelung der Beamtenbefreiung, die auch 50 Millionen erfordert. Man wird uns nicht gleich damit befreien, damit der Schaden nicht zu groß wird. Insgesamt haben wir vorläufig 130 Millionen Mark neue Steuern zu bewilligen. Die kleinen Steuern wie Raddienst gewählt und Unruhen entsteht erregt, ohne die Kasse des Reichs zu füllen. Die Fahrkartensteuer ist in der dümmst möglichen Form eingeführt worden. Einzelne Klassen erzielen hoch zu beladen, eine andere aber ganz frei zu lassen, ist verfehlt. Es ist infolgedessen nachgerade vorne geworden, vierter Klasse zu fahren. Andere reiche Leute, die sonst erster Klasse fahren, nehmen fest eine Karte dritter Klasse und fahren im Speisewagen. Die Fahrt von Köln nach Berlin in der ersten Klasse ist gegen früher um M. 84 verteuert, die doch niemand so leicht hinauswirkt. Ich seigeiner Buchläge haben den Nachteil, dass alle eine Karte tiefer rückt. Wenn wir dagegen auf alle Fahrkarten und alle Klassen, sofern das Fahrgeld eine Mark übersteigt, 10 p.ßt. Steuern legen, nehmey wir eine gute Summe ein. Österreich erhebt 12½ p.ßt., Preußen 20 p.ßt. Buchtag. Dabei sind unsere Züge viel besser eingerichtet und fahren schneller als anderswo."

Auso auch die vierte Klasse soll noch verteuert werden! Und dabei wagt Dr. Waasch zu sagen: "Wir werden die neuen Steuern, soweit es geht, auf leistungsfähigen Schultern aufzuladen; behalb wollen wir auch direkte Steuern für das Reich, da indirekte Steuern immer die breite Masse treffen."

Das ist ja doch nur Humbug! Wer hat denn alle die neuen indirekten Belastungen des letzten Jahres mit geschaffen? Die Partei des Dr. Waasch und er selbst mit. Sie scheint der Herr zu glauben, dass die armen Leute, die vierter Klasse fahren, die leistungsfähigen Schülern" repräsentieren und dass die Fahrkartensteuer eine direkte Steuer ist!

Die Einkommensverteilung in Preußen. Wie anderwärts, so sieht sich auch in Preußen die Masse der Bevölkerung aus Arbeitern zusammen. Dass diese Arbeiter an M. sind, beweisen die Zahlen der neuen Statistik für 1906. Danach befinden von den 37 Millionen der preußischen Bevölkerung 20 Millionen, also mehr als die Hälfte, ein Einkommen von weniger als M. 900. Hierzu kommen noch circa 9 Millionen mit einem Einkommen von M. 900 bis 1800. Also fast 30 Millionen Preußen gehörn den niedrigsten Klassen an, der Arbeiterklasse oder den Schichten der Unterbeamten und Kleingewerbetreibenden, deren Lage genau so elend ist, wie die der Arbeiter.

Um die Masse der Armen ihre Lage noch unerträglicher zu machen, als sie so wie schon ist, hat uns noch die Lebensmittelverteilung gesetzt!

Die Presse der Lebensmittel geben immer höher hinaus. An der Berliner Börse z. B. notierte im Jahresdurchschnitt 1905/1906 Roggen M. 182. Mitte November dieses Jahres über M. 212, b. t. eine Steigerung von 62 p.ßt. Der Preis des Weizens stieg in derselben Zeit von M. 179 auf M. 231, gleich einer Steigerung von 45 p.ßt. Roggenmehl stieg im September 1906 rund M. 20,50, im November dieses Jahres M. 26,50. Weizenmehl stieg von M. 28,87 auf M. 30,25.

Auch Getreide, Erbsen, Kartoffeln, Butter und andere Nahrungsmittel haben Preissicherungen von zum Teil sehr erheblicher Höhe erfahren. Die Fleischpreise sinken nicht. Dazu die Steigerung der Kohlenpreise. Und der Winter steht vor der Tür.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen, Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fortzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte: Spadenland (Sperre über Noben), Moersloch (Sperre über Mint);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje);

Brandenburg:

Mittweida (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus, Görlitz (Sperre über Röder in Weißwasser), Jägerberg (Sperre über die Bauten von Niendorf aus Waltershausen und Wwe. Rüper aus Treuenbrietzen im „alten Lager“);

Pommern:

Pyritz (Sperre über Friedr. Berg), Torgelow (Sperre über Rambow), Podjuch (Sperre über W. Berg);

Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperre über Rehse);

Posen - Schlesien:

Buskan (Sperre über Stipnagel), Waldenburg (Sperre über Tasler in Neu-Salzbrunn);

Königl. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Lantzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edrich, Hüherbeckerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Colditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streik);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Nordernay (Aussperrung);

Hessen und Waldeck:

Marburg (Sperre über Bernhard in Kleinlinde), Schmallenberg (Sperre über Peter);

Bayern:

Seb (Sperre über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperre über Nibauer), Diesen (Streik);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperre über die Zwischenmeister Krüsken und Gebr. Bönnig); Nürnberg (Sperre über Lottes, Vertreter Klingenberg).

Oesterreich:

Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

Ungarn:

Ujvidék, Eszemboly, Zombor (Aussperrungen).

Holland:

Arnhem (mehrere Sperren).

Maurer werden gesucht in Südbenschede.

Ein neuer Streikbrecheragent!

Der bekannte günstige Wind wehte uns das nachstehende Schriftstück auf den Redaktionstisch:

Bureau für Beschaffung von Arbeitswilligen für das Baumwollgeschäft Deutschlands.

Sehr geehrter Kollegel.

Bei bevorstehenden Streiks, bin ich in der Lage, Ihnen in kürzester Zeit für Ihren Betrieb Arbeitswillige in größeren Mengen zu beschaffen.

Als Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend, habe ich im Sommer 1907 viele Arbeitswillige heran geholt, so dass wir den Sieg davon getragen haben. Sollten Sie gewillt sein, mir die Beschaffung von Arbeitswilligen für Ihr Streikgebiet zu übertragen, so senden Sie mir bitte alle Informationen und Auftrag.

Auch empfehle Ihnen Altkordmauer und Zimmerer zu lauteren Bedingungen.

Ich beanspruche für meine Tätigkeit pro Mann M. 5 und freie Reise.

Sie müssen, da Sie ja mindestens vier Wochen früher wissen, wann die Gefallen bezw. Arbeiter in Ihre treten wollen, mir dieses mitteilen. Jedoch müssen Sie das Fahrgeld bezw. Untosten vorher einschicken, auch muss für sichere und ordentliche Quartiere gesorgt werden.

Ergebnist

Otto Gensle, Maurermeister, Mitgli. d. Verb. d. Baug. v. Berlin u. Umg.

Herr Gensle, der in der „Maurermeisterei“ allein seine Predigt nicht zu finden scheint, versendet die Anreihung seiner Fähigkeit auf dem Gebiet des Menschenhafers wahrscheinlich an alle Unternehmensvereinigungen des Baugewerbes, vielleicht reist er auch mit Warenproben im Lande umher. Das Handelskontor der neuen Firma ist Endenauerstr. 39, Berlin NW.

Gau Berlin,

Im Wohnbezirk Wusterwitz-Altes Lager verfügen die Unternehmer Niendorf aus Wusterhausen und die Firma W. Müller aus Treuenbrietzen, den Vertragslohn herabzusetzen. Die Kollegen haben die Lohnreduzierung zurückgewiesen und unter Niederlegung der Arbeit über die Bauten dieser Firmen auf dem Alten Lager die Sperre verhängt. Der

Gesetz noch nicht eingetroffen. Vielleicht erhalten wir ihn im Jahr 2007. Von Elberfeld erhielten wir dann, nadiem wir in der Presse das Verhalten der Stadtverwaltung gebührend gekennzeichnet hatten, unten 26. September d. R. folgende Antwort, die wir der Originalität wegen hier wörtlich wiedergeben:

Der in dem gest. Schreiben vom 18. d. M. enthaltene Antrag auf Eintritt der Stadt Elberfeld in den Festschau-Arbeitsvertrag vom 13. August 1906 wegen der beim städtischen Kanalbau beschäftigten Arbeitern und deren Gülsarderlehrer ist von der zuständigen städtischen Bauaufsichtsmission umgehend geprüft worden. Nach dem Ergebnis der Prüfung kann ich nicht annehmen, daß die Arbeitnehmer unter die in dem Arbeitsvertrag aufgeführten Arbeiter fallen. Der Arbeitsvertrag betrifft ausdrücklich nur von Hochbaumaunternern, Kanalmauern-, Bauhüttenarbeiten und Binnentieren, wogegen die Arbeitnehmer nicht gehören. Die Mehrzahl der seitens der Verwaltung beschäftigten Arbeitnehmer sind auch früher nicht Maurer gewesen und haben auch als solche keine mehrjährige Lehrzeit durchgemacht, sondern sind erst durch die Verwaltung selbst ausgebildet, ungelernete Arbeitnehmer, die sich wegen ihrer Tätschkeiten als Arbeitnehmer geziert haben. Leider sind diese Arbeitnehmer nicht wie die aus den Baustellen beschäftigten Maurer Stationararbeiter, sondern sie werden bei der Verwaltung Sommer und Winter fortlaufend für die ganze Lauer der Bauausführungen beschäftigt. Infolgedessen ist der Jahresarbeitsdienst dieser Arbeitnehmer so gering, daß für die Stunde geringerer Lohnes als ihm der Tarif für die Maurer vorschreibt, im allgemeinen höher als der für die gelernten Arbeitnehmer. Sowohl sie als eigenhändig Hölzner auch Maurerarbeiten vertragen, erhalten sie übrigens auch den Tarifvertrag.

S. A.: Der Belgeordnete, gez. Horst.

Ist das nicht eine Behördde, die den Unternehmern als Vorbild dienen kann! Sie unterscheidet ganz genau zwischen handwerklich gelernten und von der Berufsmittelung selbst ausgebildeten ungelerneten Arbeitern. Diese Erweiterung des Begriffs konnte allerdings nur von der Elberfelder Stadtverwaltung kommen. Dwohl diese Tatsachen den gesuchten Elberfelder Arbeitnehmer bekannt waren und obwohl das Gesetz, wonach den beiden Bauunternehmern Grete und Gustavender je M. 1000 aus dem Stadtfest für angeblich entstandenen Schaden durch den Streit im Jahre 1906 bewilligt worden sind, bis heute noch nicht wobei gelegt worden ist, hat der Tarifvertrag wiederum die Kartellvereinigung gelegt.

Bei der Stadtratswahl, wie Sie's versucht, erhalten die Esel die Majorität.

Selbstredend gehörten zu der Majorität auch viele Bauarbeiter, und es versteht sich am Rande, daß auch unsere Brüder in Christo ihr redlich Teil hierzu beigetragen haben.

Grummersbach. Am 12. November tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Unser Kassierer, Kollege Kahl, erstaute zunächst den Haushaltbericht, der von den Revisoren revidiert und für richtig befunden worden war. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptstelle von M. 461.85. Die Einnahme der Poststelle betrug M. 173.71, die Ausgabe M. 167.25, mithin verblieb ein Poststellsbestand von M. 4.46. Daraufhin wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Dann berichtete sich unser Vorstand, Kollege Haeger, in längeren Ausführungen über die uns vorstehende Lohnbewegung. Da unser Tarif bekanntlich am 1. April 1908 abläuft, müßten wir bald mit den Unternehmen wegen seiner Erneuerung in Unterhandlung treten. Redner wies noch darauf hin, daß wir unermüdlich agitatorisch tätig sein müßten, jeder Kollege müßt mitmachen, um auch den letzten Mann in unserer Organisation hineinzubringen; damit wir im kommenden Frühjahr dem Unternehmertum gerüstet gegenüberstehen könnten. Am Schlusse des ersten Quartals hatten wir eine Mitgliederzahl von 77, und am Schlusse des dritten Quartals eine solche von 129, also 52 mehr. Es stehen aber noch viele indifferente Kollegen unserer Organisation fern. Diese müssen für unsere Sache gewonnen werden, damit sie uns bei einem etwaigen Lohnkampfe nicht in den Rücken fallen; deshalb müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen. Schon im Laufe dieses Sommers hatte unser Oberbürgermeister Bremer gesagt, daß er im nächsten Jahre ein bisschen anders mit uns verfahren werde als beim letzten Ereteit. (Vor einigen Wochen stand er doch ein Exemplar des "Grundstein", worüber er höchst erstaunt zu einem Kollegen meinte, er hätte gedacht, der "Grundstein" existiere hier nicht mehr.) Nun, wir wollen dem Mann den Glauben lassen. Nach einer lebhaften Debatte über unsere nächstherrige Forderung, an der sich der Kollegen Kahl, Sträter, Gries, Wols, Blasius usw. beteiligten, wurde der Vorstand beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten, der den Meistern im Laufe dieses Winters unterbreitet werden soll. Als Gültigstatter für den engeren Stadtbezirk wurde Kollege Kochisch gewählt. Dann wurde beschlossen, unser drittes Stiftungsfest am 8. Dezember abzuhalten, zu welchem Zweck noch eine Festkommission gewählt wurde. Dann wurde die Versammlung mit einer ernsten Mahnung, sleizig zu agitieren, von dem Vorstehenden geschlossen.

Hannover. Am 8. November fand in unserem Verkehrslokal bei Böttcher die Generalversammlung der Sektion statt. Kollege Reißiger gab einen Rückblick über die Entwicklung der Sektion und betonte, daß die Kollegen fernerhin mehr als bisher für die Sektion streben und arbeiten müßten. Es wurde beschlossen, einen monatlichen Beitrag von M. 4 für die Sektion zu erheben, und zwar nicht für neun, sondern für zwölf Monate. Kollege Ernst Feuerhahn stellte den Antrag, zur Beitreitung verschiedener Unternehmen sofort einen Extrabeitrag von M. 1 zu erheben. Auch dem wurde zugestimmt und der Beitrag von allen anwesenden Kollegen sofort gezahlt. Es wurde dann festgelegt, jeden ersten Sonntag im Monat die regelmäßige Mitgliederversammlung abzuhalten. Nachdem noch über verschiedene innere Angelegenheiten diskutiert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kielzig. Von einem Leipziger Kollegen werden wir um Aufnahme folgender Zeilen ersucht:

In Nr. 46 des "Grundstein" befindet sich ein Inserat der diesigen "fremden Maurer", wonach sich deren Herberge in der Seeburgstraße befinden soll. Dazu ist zu bemerken, daß sich die Herberge aller gewerkschaftlich organisierten

Arbeiter in Leipzig im "Vollschau", Leibnizstraße 82, befindet. Daß die organisierte Arbeiterschaft Leipzig seit circa zwei Jahren für ihre auf der Bauhütte bestehenden Kollegen im Vollschau eine alte und moderne Ansprüche entsprechende Herberge eingerichtet hat, dürfte doch wohl auch den schwanzbedienten Kollegen bereits bekannt geworden sein. Aus welchen Gründen gerade sie für sich eine eigene Herberge beanspruchen, ist mir nicht leicht klarlich. Nach meinem Erfahrung haben auch die sogenannten beschäftigten Kollegen die Verpflichtung, die Einrichtungen, die von den Gewerkschaften zum Wohle ihrer reisenden Mitglieder eingerichtet wurden, zu benutzen. Aus welchen Grunde daher diese Eigenbedeile? Das Interat im "Grundstein" beweist mir, daß auch die "fremden Maurer" Mitglieder des Zentralverbands der deutschen Maurer sind; sie sollten schon aus diesem Grunde Disziplin zu über haben. Wer die Verhältnisse in den von Privatunternehmern betriebenen Herbergen in Leipzig kennt, muß um so mehr über das Vorgethe der "fremden Maurer" erstaunt sein. Wenn irgendwo Eigenbedeile zu verurteilen ist, so hier. Und hier besonders, da den reisenden Kollegen in den Herbergen des Vollschau viel mehr geboten wird, als ihnen ein Privatunternehmer, schon aus Rücksicht auf seinen Profit, jemals bieten wird. Wer die äußerst freundlichen und geräumigen, gut gelüfteten und geheizten Schlafräume der Herberge des Vollschau nur einmal benutzt hat, wird sich sicher nicht nach den zwecklosen Schlafräumen der verschiedenen Privatherbergen zurückziehen. Außerdem steht in der Herberge des Vollschau ein allen Ansprüchen der reisenden Kollegen entsprechender Aufenthaltsraum während des ganzen Tages zur Verfügung. Der Preis für ein Bett inkl. Brot und Frühstück mit Kaffee beträgt 45.-. Es liegt demnach nicht die geringste Veranlassung vor, die Herberge im Leipzig Vollschau nicht zu benutzen.

Lissa I. B. Hier tagte (Wann? D. R.) eine ordentliche Mitgliederversammlung an der aber leider von nicht als 140 Mitgliedern nur 31. teilnahmen. Wie wollen die Kollegen von Lissa und Umgegend ons Herz legen, sich doch nicht an den Versammlungen zu beteiligen. Die Schulden daran tragen die Lissauer Kollegen selbst, weil sie immer zu spät kommen, die auswärtigen Kollegen wollen aber nicht so lange warten. Aber auch die auswärtigen Kollegen sind lässig im Verhandlungsabschluß geworden. Jetzt ist dochzeitig genug freierabend, um wenigstens eine Stunde der Organisation zuwidmen zu können. In der Versammlung erstaute der Vorstand den Bericht von der Konferenz in Breslau. Dann referierte Kollege John über: Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Er sprach sehr radikal, daß jeder Kollege getreulich war und aufmerksam zuhöre. Dann schritt die Versammlung zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt als erster Vorstand Kollege Neugebauer, als erster Kassierer Kollege Turlesti, zu Revisionen die Kollegen Kahl und Anderen. Dann wurden noch einige verschiedene Punkte erledigt und damit schloß die Versammlung.

Luunden. Der hiesige Zweigverein hielt am 5. November seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Revisoren konstituierten Abrechnung und Kasse geprüft und alles in keiner Ordnung befunden zu haben. Der Kassierer wurde entlassen. Hierauf hielt der Vorsitzende Hugo Sober einen Vortrag über die wirtschaftliche Krise im Baugewerbe und ihre Bedeutung für die Maurerberiegung. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands ist gewiß, seine ganze Kraft einzulegen, um den Untergang der Unternehmervororganisation abzuwenden, und der weiteren Verstärkung der Arbeitslosigkeit die schon längst gehabte Gaße offen zu halten und zu erweitern. Dem Redner wurde reizbar Beruf gegeben. Ferner wurde den Kollegen Klarlegung, wie notwendig es sei, sich dem Wahlverein anzuschließen. Dann schloß der Vorstand mit den Kollegen drei freien Koch auf dem Centralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Magdeburg. Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Sonntag, den 10. November, im "Luisenpark". Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsteigende, Kollege Brüggemann, das Rechit der am 8. November vollgängen Gewerbegebietswahlen bekannt. Die Liste der freien Gewerbeberichten erhält 10.504 Stimmen = 40 Beisitzer, der Kirch-Duderstädter 889 Stimmen = 4 Beisitzer, der geheißen Gewerkschaften 1097 Stimmen = 5 Beisitzer, der geheißen Gewerkschaften 315 Stimmen = 1 Beisitzer. Bei der vorigen Wahl erhielten wir 44 Beisitzer, der Kirch-Duderstädter 8 Beisitzer. Auf der Unternehmervorlage berichtete wir 8, das vorige Mal nur 1 Stimmen. Nunmehr hielt Kollege Silber Schmidt seinen Vortrag und führte folgendes aus: Es ist in der Zeit, sich mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben etwas mehr zu beschäftigen; denn gewaltige Umwälzungen auf allen Gebieten haben stattgefunden. Noch in den vier Jahren des vorigen Jahrhunderts war Deutschland ein reiner Agrarstaat. Erst nach der Bürgerlichen Revolution im Jahre 1848 entwidmete sich das deutsche Kapital und trat mit anderen industriellen Ländern in Wettbewerb. Von da aus datiert auch der Anfang der modernen Arbeitserziehung. Aber auch die Schwankungen im Wirtschaftsleben treten von da an in die Erde. Nach der sogenannten Gründerperiode der 80er Jahre hatten wir im Anfang der 90er Jahre eine wirtschaftliche Krise, die bis in die 80er Jahre währte. Von da ab ging es wieder aufwärts bis in die 90er Jahre. Von da ab ging es wieder aufwärts bis in die 90er Jahre. Aber auch in Zeiten guter Konjunktur kommt es vor, daß auf dem Baumarkt eine Geldnot eintritt, weil in Seiten guten Geschäftszweiges sich das Kapital mehr der Zulieferer zumeint, um dort größere Gewinne zu erzielen. Eine solche Zeit der Geldknappheit auf dem Baumarkt hatten wir in den Jahren 1900 und 1901. Erst schien es, als ob die Geldknappheit im Baugewerbe nur vorübergehend wäre, doch die Lage des Geldmarktes bat uns in den letzten Tagen eines anderen belebt. Der Baumarkt ist es gewöhnt, mit 5-8% für Kreditnehmer zu arbeiten, hante aber mit der Tag in vielen Städten schon bis auf 9-10% gestiegen. Bei solchen Zinsen kann natürlich die Baugewerbe nicht profitieren und es steht trotz großer Wohnungsnott in vielen Gegenden des Reiches hier sehen wir, daß die heutige Gesellschaft nicht die Plack hat, die Wohnungssage nach dem We-

bürohaus zu regeln. Wegen Tausenden von Arbeitern in elenden Hütten hauen und darin zu grunde gehen, die Regierung und Gesetzgebung stehen dem König Capital wenn nicht modifiz, so doch willens gegenüber. Es ist klar, daß bei einer solchen Krise die Massenlärm immer schwerer werden. Bei allen Kampfen der Arbeiter handelt es sich darum, schon bestehende Vorteile fest zu halten oder neue, die für sie und ihre weitere Existenz notwendig sind, zu erringen. Mögen die stillen und moralischen Vorfürsten der Arbeiterschaft noch so gering sein, sobald sie durch Forderungen an den Staat oder den Unternehmer Radikal verleihen wollen, entsteht der Kampf mit denselben Pächten, die über Kapital und Gesetzgebung verfügen. Die Unternehmer, die heute sehr gut organisiert sind, haben uns ja auch wieder in ihrer letzten Generalversammlung in Berlin, an der auch der Minister für Sozialpolitik teil nahm, gezeigt, daß sie gar nicht willens sind, den Arbeitern irgend welche Konzessionen zu machen, sondern doch sie ihnen auch weiterhin den Krieg anfangen und "Herren im Hause" bleiben wollen. Den stehen die Arbeiter immer noch in verschiedenen Organisationsstrukturen gegenüber. Wohl sind die Kräfte der freien Gewerkschaften gewaltig gewachsen; aber immer noch gibt es Tausende von Arbeitern, die den Versplitterern in der Gewerkschaftsbewegung folgen. Mit Stolz können wir heute sagen, daß Deutschland gegenüber anderen Ländern an der Spitze der wirtschaftlichen Kämpfe steht; aber während wir vor fünf bis sechs Jahren beschädigt wurden, daß die Angreifskräfte der Arbeiter an Zahl die größten waren, ist es heute umgedreht. Heute gehen die Unternehmer immer mehr dazu über, die Arbeiter zu produzieren und auszuprobieren. Auch bei uns im Baugewerbe ist das der Fall. Und das zu einer Zeit, wo der Arbeiter an den Folgen der Zollpolitik zu leiden hat. Auch die Macht des Staates wird immer mehr zu Gunsten der bestehenden Kräfte benutzt; das zeigen die vielen Strafen, die über die Arbeiter verhängt werden. Es gab eine Zeit, wo sogenannte Sozialistische der Meinung waren, die Gewerkschaftsbewegung wäre dazu da, durch Sozialreformen den Arbeiter mit dem heutigen Staatswesen auszufüllen; ein Artikel in den "Hamburger Nachrichten" in letzter Zeit zeigt uns, daß die herrschende Klasse ganz anderer Meinung ist. Ebwohl unter ganzes Kreis reichen nach stillen und moralischen Erfolgen geht, wollen uns diese Leute etwas ganz anderes anhängen. Die Unternehmer wissen schon längst, daß die Arbeiterorganisationen für sie immer gefährlicher werden, je mehr sie an Macht gewinnen. Deshalb schaffen sie schon seit einer Reihe von Jahren die sogenannten Wohnschaftseinrichtungen, um den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Und wie der Privatunternehmer, so macht er auch der Staat mit seinen Arbeitern. Man gab den Arbeitern den Beamtencharakter zu dem Zweck, sie vor der Sozialdemokratie zu schützen. Heute gründet man gelbe Gewerkschaften. Alles dieses sind Mittel in den Händen der Unternehmer, die Klassekämpfe zu verdichten. Der neueste Vereinigungskampf der Regierung kann die Klassekämpfe ebenfalls nicht mildern. Wir haben 4 Millionen Lohnärbeiter, die der deutschen Speziale nicht mächtig sind. Wird der neue Entwurf Geiz, dann sind die fremdwirtschaftlichen Arbeiter, ihren Klassegenossen entzogen und dem Unternehmertum auf alle Fälle ausgesetzt. Schon heute vertreten einige Minister ganz offen die Interessen der Jünger. So hat Minister Breitenbach die Unternehmer angewiesen, nur möglichst fremde Arbeiter bei Bahnlinien einzustellen, damit der Landwirt nicht die Arbeitern nicht einzutragen werden, weil sonst die Jünger höhere Löhne zahlen müssten. Alles dieses trägt dazu bei, die Klassekämpfe zu verdichten; und für uns ist es notwendig, alle unterstreit darum zu verwenden, daß unsere Kollegen den Klassekampfcharakter erlernen. Es gibt viele Arbeiter, denen das Überbringen einer zu schweren Last erschwert. Mögen doch alle daran denken, wie schwere Opfer unter dem Ausnahmegesetz gebracht werden müssen. Es handelt sich um das Ringen zweier Weltanschauungen. Der Versammlungsabschluß mag viel besser sein. Das Ende und Gute soll in Menschen zur Geltung kommen, und jeder soll zum Klassekämpfer erzogen werden. Wie die ersten Christen sich lieber freizogen ließen, als ihre Überzeugung zu verbreiten, so müssen wir die neue Weltanschauung verbreiten. Auch der Kampf um das preußische Landtagswahlrecht muß aufgenommen werden, und wir haben die Pflicht, ihn zu unterstützen. Es gibt nur zwei Wege: entweder uns dürfen unter das Netz der Knechtlichkeit, oder mit uns können wir eine bessere Gesellschaftsordnung wählen mit das letztere — Den Vorstandsbericht erzielte Kollege Hahn. Die inneren Arbeiten sind in grob, daß für die Außenarbeit nicht viel Zeit für den Angestellten übrig bleibt. Der Berichtsherr teilte verschieden Fälle mit, wo sich das Finanzen der Organisation notwendig mache. Auch eine Verhandlung mit den Arbeiter-Grußworten hat stattgefunden, die dort arbeitenden Kollegen stehen dem Verband noch gleichmäßig gegenüber. Kollege Hahn schließt mit dem Wunsche, die Kollegen möchten allen Streit vermeiden und treu zur Organisation stehen. Die Abrechnung weist eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptstelle von M. 12.317.70 auf. Die Poststelle batte eine Einnahme von M. 10.700.65 und eine Ausgabe von M. 2043.49. Poststellenbestand M. 918.16. Danach sind in der Zweigvereinsliste A. 2044.43, in den Tabellen A. 5218.73. An Krankenunterstützung wurden gezahlt M. 2217.05. Sterbekind A. 322.50. Extrabeiträge an die Hoffstelle wurden gezahlt M. 3875.30. Die Mitgliederzahl beträgt 1922. In der Versammlung fragte Kollege Lehmann als Revisor an, wie es kommt, daß hier den Angestellten die Versicherungskräfte gezahlt werden, seines Wissens bestände kein Versammlungsbeitrag darüber. Die Oberer sind seit fünf Jahren gegangen. Auf Vorstand Silber Schmidt wurde beklagt, daß der Vorstand die Sache untersuchen und der nächsten Versammlung Bericht erzielen soll. Die Ausgaben bei der Gewerbeberichtswahl haben sich notwendig gemacht durch eigene Arbeit des Zweigvereins. Kollege Richter wünscht, daß die Kartelldelegierten in einer der nächsten Versammlungen Bericht erzielen. Kollege Hahn teilte noch mit, daß er auf leichts Woden an dem Kursus in Berlin teilnimmt. Die Versammlung war von annähernd 100 Kollegen besucht.

Tatig. Obgleich die Kollegen in jeder Versammlung darauf hingewiesen werden, hauptsächlich im Winter auf

die Baubuden zu achten, fühlten sich die bei Käfz beschäftigten Kollegen doch in einem unbeschreiblich schlecht eingerichteten Raum ganz behaglich. Schämen müßte sich jeder Kollege, in dieser so schlecht eingerichteten Hütte sein Brüder zu vercheiden. Damit nicht genug, daß Bistro ist aus durchlöcherten Brettern in unbeschreiblicher Form hergestellt, und der Abort ist an der Baustelle nicht zu finden, er ist vielmehr in der Nachbarschaft oder auf dem Hof der dort beschäftigten Kollegen selbst zu suchen. Diese Mißstände haben die Kollegen selbst verschuldet, damit der Scharfmacher G. Käfz nicht zu große Ausgaben hat. Er kann dann ein Kollege, so gütig er als Drückerberger.

Schönebeck-Salze. Sonnabend, 9. November, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Burch berichtete ein Kollege über die letzte Kartellversammlung. In der Zeit vom 7. bis 15. Januar 1908 soll ein Vortrag eines aus Südkorea ausgewiesenen und in Sibirien auf der Insel Sachalin deportiert gewesenen Ingenieurs mit Lichthülsen und Ausstellung der dort von den Vortragenden, getragenen Straflingskleidung stattfinden. Vom Regierungspräsidenten war auch ein Schreiben eingelassen, das Präsident, der er in der Frage der Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns das Nötige sofort veranlassen will. Beantwirkt war die Erhöhung von M. 2,15 auf M. 3. Hierauf verließ der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann. Dem Kassierer war aus seiner Schublade Geld gestohlen worden. Es wurde nunmehr beschlossen, eine ebensolche Kasse anzu schaffen. Das gestohlene Geld wurde dem Kassierer zur Hälfte ersetzt. Nun wurde die Wahl eines Delegierten zum Bezirksstags nach Bernburg vorgenommen; die Wahl fiel auf den Vorsitzenden Fr. Schmöhl. In Verschiedenes forderte ein Kollege den Salzer Kolporteur auf, einmal zu erklären, wie es zugehe, daß die Salzer Kollegen so schlecht die Extrabeiträge bezahlten.

Tilsit. Am 10. November tagte hier eine Versammlung, zu der circa 100 Kollegen erschienen waren. Postleit-Bürorat gab den Jahresbericht vom dritten Quartal. Dann referierte Kollege Wiegglas über den heutigen Klosterkampf. Seine beispielhaft aufgenommenen Auseinandersetzungen flogen in die Aufforderung aus, rastlos auf allen Gebieten proletarischer Arbeit zu wirken, sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiete volle Pflichterfüllung zu üben. Der Vorsteher erläuterte darin, daß die Kollegen auch die materialien Oster, die die Organisation erheblich bringen müssten. Er machte besonders auf die Zahlung der Extrabeiträge aufmerksam; die Nichtzahlung hätte ohne weiteres den Verlust der Mitgliedschaft zur Folge. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verdank geschlossen.

Verden. Am 6. November tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Von 90 Mitgliedern waren leider nur 10 erschienen. Da nun unter alter Tarif im Mai nächsten Jahres abläuft, wäre es an der Zeit, die Versammlungen besser zu besuchen. Die Versammlung befand sich einstimmig die Rückbildung des Tarifs. Der Bestand der Volkskasse ist M. 271,40. Die Revisorin waren in der Versammlung nicht erschienen, was zu bedauern ist. Es sei nochmals erwähnt, daß ein Trauerspiel ist, daß von 90 organisierten Kollegen nur ganze 10 anwesend sind. Macht man den anderen Tag die Kollegen auf ihre Saumfreiheit auferksam, erhält man allerlei leere Ausreden. Wenn das so weitergeht, darf man sich nicht wundern, wenn die Unternehmer die „Perren im Pausa“ bleiben.

Wolfsrode. Sonntag, den 3. November, tagte in der Bahnhofslinde Dorfmark eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, zu der auch die Kollegen von Fellinghofen erschienen waren. Kollege Busse aus Hannover referierte über: „Der Friede des Verbandes“. Er forderte die Kollegen auf, eifrig für den Verband zu agitieren. Nedner erinnerte reichen Beifall. Die Kollegen vertraten, alles daran zu legen, daß auch der letzte Maurer Dorfmarks in den Verband eintrete.

Die Lage des Baugewerbes im Karlsruher Bezirk. (Ein Beitrag zum „Schutz der nationalen Arbeit“ durch das Unternehmertum.)

Die Maurer des Zweigvereins Karlsruhe münzen sich im Jahre 1904 in einem schrecklichen Kampfe mit den Unternehmern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ertragen. Damals waren die Maurer der Meinung, daß ihre wirtschaftlichen Verhältnisse durch die erhaltenen Lohnverhältnisse für einige Jahre gesichert seien. Diese Freude war leider nur von kurzer Dauer; schon bevor der neue Tariftarif in Kraft trat, zeigte es sich, daß diese Lohnverhältnisse in seinem Verhältnis zu der rasch eintretenden Lebensmittelverteilung stand. Insolfern fanden sich die Maurer veranlaßt, in den Jahren 1906 und 1907 an den Baugewerbeverbund Karlsruhe Eingang hinein Gewährung von Teuerungszulagen zu richten. Obwohl in der damaligen Zeit den Arbeitern und Brauern in städtischen, städtischen und Betriebserwerben Teuerungszulagen gewährt wurden, lehnte es der Baugewerbeverbund Karlsruhe ab, aus seinen Arbeiten solche Zulagen zu gewähren. Neben der Verkürzung der Lebensmittel fand eine seit den Jahren 1905 immer weiter um sich grechende Arbeitslosigkeit bei den Maurern in Verbrauch.

Ob letzteres speziell in Karlsruhe der im Anzug begriffenen Geschäftskrise oder eben seit dem Jahre 1904 doch unheimlich entwidsindende Spekulantenzyklus zugrunde liegen, können wir dahingestellt sein lassen; soweit steht jedenfalls fest, daß die Maurer durch das nun immer mehr vordrängende Spekulantenium in die deutbar schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnisse geraten sind und daß sie voranschaulich einer noch traurigeren Zukunft entgegen sehen werden. Im Jahre 1905 zählten wie in der Sozialstatistik rund 1600 in Karlsruhe beschäftigte Maurer, in diesem Jahre waren es deren nur annähernd 600 und amfangs Oktober nur rund 400; das gleiche Zahlenverhältnis finden wir auch in allen anderen Wohnbezirken des Zweigvereins Karlsruhe.

Weil man trotz der oben geschilberten schlechten Arbeitsgelegenheit immer wieder die Beobachtung macht, daß für Aussöhnung der Staatsbauten Hunderte von ausländischen Arbeitern herangezogen werden, hat sich die Betriebsleitung der organisierten Maurer in Karlsruhe zu einer Petition an den Badischen

Landtag veranlaßt gefsehen, wonach erst dann ausländische Arbeitskräfte herangezogen werden dürfen, wenn keine einheimischen mehr aufzutragen sind. Um Unterlagen zu dieser Eingabe zu gewinnen, wurde vom 6. bis 18. Oktober d. J. in den Wohnbezirken Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Bietzen, Eppingen, Altkirch, Eutingen sowie in der Pfalz in den Orten Worms, Böbingen a. Rh. und Landau (in letzteren Orten deshalb weil die dortigen Mauerer bisher in der Hauptstadt in Karlsruhe beschäftigt waren) eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse der Maurer aufgenommen. Durch diese Statistik ist nun wiederholt der Beweis erbracht worden, daß es eiter Lohn ist, wenn einzelne Elemente, die die Arbeiterschaft nicht hold sind, behaupten, die Lage der Mauerer habe sich durch die Lohnverhältnisse, die durch ihre Organisation erreicht haben, wesentlich gebessert. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Obwohl erkannt werden muß, daß in den letzten Jahren durch die Verbesserungen der Organisation der Lohn für die Mauerer bedeutend gestiegen ist, so kann gleichzeitig behauptet werden, daß diese Lohnverbesserungen in keinem Verhältnis zur Verteilung der Lebensmittel durch den Tariftarif stehen. Es gibt heute keinen einzigen Beruf, in dem solche schlechte wirtschaftliche Verhältnisse — infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit und schlechter Witterung — zu finden sind, wie dies gerade bei den Mauerern des Zweigvereins Karlsruhe der Fall ist. Bei der oben erwähnten Statistik wurden von 2288 Mauerern die Fragebögen ausgefüllt. Nach den eigenen Angaben hatten diese Mauerer infolge Arbeitsmangels einen Lohnraum für 56 278 Arbeitstage, also einen Verdienstüberschuß von M. 253 701. In früheren Jahren hätte man zur Berechnung des Jahresverdienstes eines Mauerers 240 Arbeitstage grundsätzlich gelegt; infolge der schlechten Baumalität ist dieses in diesem Jahre aufgeschlossen. In dieser Hinsicht in Bonn und folgendes festgestellt worden: Von den Gefäßen der Jahresstage kommen für Tage, an denen die Mauerer nicht arbeiten können, 52 Sonntage, 11 gesetzliche Feiertage, 20 Regentage, 40 Winterstage und durchschnittlich 24 Tage Arbeitslosigkeit, insgesamt 147 Tage in Abzug; legierte von 365 Jahrestagen abgezogen, bleiben 218 Tage, an denen der Maurer für seine Familie den Lebensunterhalt verdienen kann. Der Durchschnittslohn eines Mauerers im ganzen Zweigverein ist auf M. 4 pro Stunde berechnet, es ergibt sich somit ein Jahresverdienst für einen Maurer von M. 981. Das es bei einem jungen Jahresverdienst bei den heutigen Lebensmittelpreisen vollständig ausgeschlossen ist, eine vierköpfige Familie anständig zu ernähren, das müßte endlich auch einmal den bornierten Gegner der Arbeiter begreiflich erscheinen. Nach den Erhebungen vom 6. bis 18. Oktober waren infolge der schlechten Baumalität bereits 589 Mauerer gezwungen, ihr Brod als Tagelöhner in irgend einem anderen Beruf zu verdienen. Weitere 899 Mauerer müssen fern von der Heimat ihrem Verdienst nachhaken; wir haben Familienräder, denen es nur alle drei bis vier Wochen vergönnt ist, nach Hause zu fahren, um einen einzigen Tag inmitten ihrer Familie weilen zu können. Oft verbleiben diese Leute, die in der Fremde arbeiten, nur bis M. 4 pro Stunde, das Gehalt müßten sie aus der eigenen Tasche detteln; in diesen Fällen ist es ausgeschlossen, einen Jahresverdienst von M. 981 zu erzielen. Und bei diesen traurigen Zuständen schleppen die Großunternehmer zur Errichtung von Staatsbauten ausländische Arbeiter ins Land. Die Firma Grün & Bölling von Mannheim, die zwischen Karlsruhe und Eutingen Brückenbauten und Erdarbeiten für den neuen Bahnhofsbau übernommen hat, beschäftigt mit wenigen Ausnahmen Ausländer. Für Maurer aus hiesiger Gegend ist es eine reine Aufschlacht, wenn sie dort einmal Beschäftigung erhalten. In Anbetracht der überhand nehmenden Arbeitslosigkeit bei den Mauerern bzw. Bauarbeitern, soll den Badischen Landtag eine Petition zugestellt werden, wonach bei Vergabe von Staatsbauten die betreffenden Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, so lange keine ausländischen Arbeitskräfte heranzuziehen, wie noch einheimische Arbeiter vorhanden sind. Hoffentlich stellt sich der Badische Landtag auf die Seite der positionierenden Maurer und sorgt dafür, daß den einheimischen Steuerzahler nicht nur immer ihre Pflichten zum Staat gegenüber vor Augen geführt werden, sondern daß auch diesen einmal ihre Rechte als Staatsbürger bezüglich der Beschäftigung an Staatsbauten eingeräumt werden.

Bentzalkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 10. bis 16. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Büdorp 500, Gotha 200, Niedersachsen 200, Berlin a. d. Wall 150, Brüg 150, Waldorf 150, Rostock 150, Duisburg 100, Niederrhein 100. Summa M. 2200.

Zusätzlich erhielten: Friedrichsberg M. 300, Halde 250, Karlsruhe (Waben) 200, Adlershof 200, Palenfeld 150, Ottersberg 150, Worms 100, Raitbach 100, Birken 100, Lutter a. B. 100, Ohlau 100, Eichen 80. Summa M. 1830.

Altona, den 16. November 1907.

Karl Reiß, Hauptkassierer, Wilhelmstraße 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuk, Submissions etc.

Kollegen! Unterlaß nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfallen mit den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 16. November stürzte der Bauarbeiter Kettelsbaut auf einem Neubau am Olivaerplatz drei Stockwerke tief herunter. Er hat schwere innere und äußere Verletzungen erlitten und wurde in hoffnungslosem Zustande ins Lazarettstrankenhäuschen gebracht.

Düsseldorf. Am 16. November stürzte während der Erweiterungsbauten an der Moselbrücke ein Brückenbogen ein. Viele Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen, von denen sechs mehr oder weniger schwer verletzt gerettet werden konnten, während zwei unter Betonmassen im Fluß begraben liegen. Bis zum Abend desselben Tages konnten

die Leichen noch nicht geborgen werden. — Nach einer späteren Meldung stellt sich die Sache etwas weniger tragisch dar. Da nach hat nur ein Arbeiter den Tod gefunden; der andere, der mit unter den Trümmer liegen sollte, war vom Bau fortgegangen, er hat sich irgendwie wieder eingefunden. Alle Verletzten, die auf einer schwerer Verletzung, haben das Krankenhaus bereits verlassen. Eingeschränkt ist der mittlere Brückenbogen des südlichen Brückenpfeiles, welcher bereits fertiggestellt ist. Die genaue Ursache des Katastrophen ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Hamburg. Am 14. November wurde der Bauarbeiter J. Brandt auf einem Neubau in der Königstraße durch ein im Fahrtenschacht herunterfallendes Bierkratzen an den Kopf getroffen. Er erlitt einen schweren Schädelbruch.

Mannheim. Am 12. November ereignete sich am Neubau des Unternehmers Gg. Jude, Spiegelstraße, ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 20 Jahre alte Kollege Lehn aus Unterkömmern liegen starb am Aufengerüst in einer Höhe von 12 m mit Augen beschädigt. Gegen 4 Uhr Abends stand ihm ein Handlanger unter dem Gerüst bewußtlos liegen. Um 4 Uhr Morgens verstarb der Kollege in Krankenhaus, ohne daß sein Vermögen erlangt zu haben. Wie sich der Unfall abgespielt hat, ist nicht festgestellt worden, da jeder Augenzeuge fehlt.

Wöllingen. Am 18. November stürzte hier in der Böttchertorstraße ein 18 m hoher Neubau ein, dessen Dachfuß bereits erichtet war. Bis 5 Uhr Nachmittags waren zwei Tote und fünf Schwerverletzte geborgen. Nach weiteren Melbungen waren auf dem Neubau dreizehn Italiener beschäftigt; fünf fanden ihren Tod, acht wurden verletzt. Der Unternehmer des Hauses ist angeblich verhaftet. Hierzu wird uns noch von unserer Zweigoberbehörde in St. Johann geschrieben: Der Bau war vor zehn Tagen „aufgelösungen“ (gerichtet) und war bereits gedeckt. Die Mauerer waren gerade daran, den Rest der Inneneinwände fertigzustellen. Kurz nach 4 Uhr begann der Dachfuß zu wanken, Balken lösten sich los, das Maurerwerk wurde erschüttert und fiel in sich zusammen. Die Inneneinwände stürzten in den Keller, die Vorberdorf auf die Straße, 18 Arbeiter unter sich begraben. Von den Bergungsländern sind fünf bereits tot und acht schwer verletzt, an deren Auskommen ebenfalls gezwungen wird. Am Bau waren nur Italiener beschäftigt, die fern von der Heimat ihr Brod verdienten. Um 7 Uhr Abends, nachdem die Bettungsmannschaft schon abgerückt war, stellte sich durch Angabe des Polters heraus, daß noch ein Maurer fehle. Es wurde dann Kollege Albinius Mario um 8 Uhr tot als letzter unter den Trümmer herausgeholt. Der Einsatz ist auf schlechtes Wetter, der aus lehmigen Sand mit wenig Kalk zusammengesetzte und auch stärker auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen. Es ist eigentlich ein Wunder, daß es in Wöllingen nicht schon früher Menschenleben gekostet hat, denn höchstens ist die Bühlerei und Verwendung von schlechtem Material an der Tagesordnung. Den kleinen Unternehmer Meyer, sind im vergangenen Jahr bereits zwei Bauten zum Teil eingestürzt. Unternehmer und Poliere wurden verhaftet. Die Polizei sieht wohl die Arbeiter, die gelegentlich an den Bauten Handarbeit verteilt, um zur Versammlung und Organisation aufzufordern, und verfolgt sie von Bau zu Bau, aber die greulichen Mißstände auf den Bauten scheint ihr bislang entgangen zu sein.

* **Moderne Baumeister.** Lieber den Bau der „Langen Brücke“ in Brilon den bau a. d. Havel berichtet das „Märkische Volksblatt“: Die Firma Krüger & Lauermann a. n., die die Herstellung des Neubaues für die Fortsetzung von M. 48 000 übertragen war, hat die Stadt auf Zahlung einer Abschlagszahlung von M. 10 000, einschließlich 4 p. B. Binsen, verzagt. Ihre jetzigen Leistungen an der Brücke bezeichnet die Klägerin auf M. 30 000. Die Stadt hat die Forderung der Abschlagszahlung abgelehnt, weil noch nach dem Urteil von Sachverständigen die Bauausführung mangelfhaft und unzureichend ist und ihrerseits Biderlage erhoben mit dem Antrage, der Firma die weitere Bauausführung zu untersagen und die Fertigstellung der Brücke auf deren Kosten einer anderen Firma übertragen. Nach dem Gutachten des Wasserbaudirektors Bormann ist die Herstellung der Spannbänder nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgt. Der Einwand der Firma, daß die alten Pfahlreste im Flußbett daran hindern gewesen, sei nicht stichhaltig, da man bei entsprechendem fortwährenden Rammen der Schwierigkeiten des Bodens Herr geworden wäre. Bei der Unterfütterung des Spannbändern ergab sich, daß man trotz der dreiwöchigen Befestigungszeit mit einem Brechstein bei jedem Stoß 10 cm tief in die Schüttung eindrang. Die mangelnde Verfestigung des Betons ist nicht bloß auf die Spülung infolge der Unrichtigkeit der Spannbänder, sondern auf die unzulässige Schüttung zurückzuführen. Alles in allem kam das Gutachten zu dem Schluss, daß diese Art der Arbeit eine Garantie für eine solide Bauausführung nicht bietet. Bürgermeister Lindner befürwortete in einer der letzten Stadtverordnetensitzungen die Annahme der Klage. Sehr zu stattem kommt für die Stadt hierbei der Umstand, daß der Vertrag mit der Firma infolge eines Versehen nicht vollzogen sei, so daß abgesehen von den anderen Momenten, von der Verpflichtung zur Leistung von Abschlagszahlungen keine Rede sein kann. Für die Leistungsfähigkeit der Firma sei der Umstand kennzeichnend, daß vor kurzem im Stuttgart ein von derselben aufgefertigter Bau eingestürzt sei.

* **Wer kalkulierte richtig?** Für die in Submission ausgeschriebenen Maurerarbeiten zum Neubau der Neustädter Kirche in Hohenburg a. d. Havel gingen folgende Offerten ein: Höft & Hummel M. 65 582,85, Schwartz & Körner M. 65 518,15, B. Nielsen M. 65 667,9, Petersen M. 65 630, Böndholz & Jürgensen M. 70 497,8. Uns scheint, daß wenn die Herren Böndholz & Jürgensen etwas gar zu viel verdienten wollten, während Höft & Hummel die Ansprüche der Maurer wohl nicht genügend berücksichtigt haben. Bei dem in den letzten Jahren immer mehr hervertretenden Schärfmachersstandpunkt der Herren Höft & Hummel ist das ja erklärlich, immerhin können sie sich mit solchen Unterbietungen auch mal bei ihren Kollegen in die Kesseln legen.

Aus Unternehmertümern.

* Die Berliner Unternehmer beschlossen in einer am 18. November abgehaltenen Versammlung die Einführung eines obligatorischen Arbeitsnachweises. Es handelt sich hier natürlich um ein Maßregelungsbüro. Auch den Bettern des Berliner Verbandes der Baugeschäfte dürfte bekannt sein, daß sich die Arbeitersorganisationen mit einem Institut, das die einzige Beeinflussung des Arbeitsmarktes bewirkt, nicht abfinden werden. Der Arbeitsnachweis wird darum stets eine Quelle mehr oder minder bedeutender Konflikte sein. Die so oft beteuerte Friedensliebe des Verbandes erscheint dadurch in einem merkwürdigen Lichte.

Wie die "Post" berichtet, hat der Bund der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmermeister an seine Mitglieder ein Bittular erlassen, worin die Massenbildung der Polizei zum 18. November empfohlen wird. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß durch ein Urteil des Kammergerichts fürstlich den Polizisten das Recht auf eine lebenswürdige Fälligungssstrafe vor dem Mortalstrafen zugebilligt wurde. Den Baumeistern ist deshalb empfohlen worden, daß bisherige Arbeitsverhältnisse mit den Polizisten, die sie nicht den ganzen Winter hindurch beschäftigen wollen, zu lösen und sich wegen der weiteren Beschäftigung mit den 81. Dezember hinaus mit einer Verlängerung des Dienstvertrages beginnen einer durchgehenden Auskünfte zu bedienen.

Die verschiedenartigen Unternehmerverbände im Berliner Baugewerbe haben sich am 14. November zu einem Kartell zusammengetroffen, dem sämtliche am Baugewerbe interessierten Branchen (auch Glas, Metall, Klempner, Installatoren usw.) angegeschlossen sind. Die seit länger vorbereiteten Sägungen wurden in der konstituierten Versammlung von 19 Verbänden angenommen.

Aus anderen Berufen.

* Die gewerkschaftliche Einigung ist nun auch bei den Bauhüttsarbeitern in ein Stadium getreten, das gute Hoffnungen zuläßt. Der Ortsverein Berlin der Freien Vereinigung der Bauarbeiter beschloß sich am 10. November mit der Sache. Der Referent Baum erklärte, daß die Leitung heute, nach den Stuttgarter Erfahrungen, wesentlich anders über die Frage denkt, als früher. Im Interesse der Arbeiter liege es, sich in einer ehemaligen gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen. Nur so kann der Kampf gegen das Unternehmertum mit Erfolg geführt werden. Aus allen diesen Gründen hätten sich die Funktionäre der Freien Vereinigung der Bauarbeiter dafür erklärt, daß sich die Organisation an den vom Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen beteiligt. Politisch werde nicht an einen bindungsfreien Übergang in den Bernd gebahnt, sondern es müßten bestimmte Konzessionen gemacht werden. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, dann sei ein Grund mehr, die Freie Vereinigung der Bauarbeiter als besondere Organisation bestehen zu lassen. Den einzelnen Ortsvereinen soll folgende Resolution zur Annahme empfohlen werden:

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands ist im Prinzip für eine Einheitsorganisation. Sie macht die Verschmelzung mit dem Verband der baugewerblichen Hüttsarbeiter Deutschlands davon abhängig, daß bei etwaigen Verhandlungen die von uns aufzustellenden Bedingungen anerkannt werden. Sobald die Mehrzahl der Ortsvereine in obigem Sinne befähigt, hat die Geschäftsführung den mabehenden Hüttsarbeitschaften davon Mitteilung zu machen, daß die Freie Vereinigung der Bauarbeiter zu Verhandlungen bereit ist. Das Resultat dieser Verhandlung ist einer Konferenz vorzulegen, deren Beschluss maßgebend für die gelannten Organisationen, die der Freie Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands angegeschlossen sind, sein soll.

* Paritätische Konferenz von Arbeitern und Unternehmertümern der Nachholenindustrie. Die unloslichen Praktiken einerseits und die fortwährende Tendenz (Centralisierung) anderseits bringen es mit sich, daß der früher so beliebte Nachholen immer mehr verdrängt wird und daß die Dienstleister immer häufiger und länger unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Dieser Zustand gab dem Töpferverband Anlaß, eine Konferenz für das Dienstgewerbe einzurichten, die dann auch in Dresden am 8. und 9. November stattgefunden hat und an der neben 81 Gesellenvertretern 28 Unternehmer, der Sekretär vom Ofensabantenverband und ein Lehrer von der Münchner Fachschule teilgenommen haben. In der Debatte wurden die zahlreichen Mißstände im Gewerbe erörtert. Es fühlte auch nicht an gegenwärtigen Vormerkten. Im allgemeinen aber verließen die Verhandlungen in voller Einmütigkeit. Es wurde beschlossen, eine paritätische Kommission zu wählen, die die nötigen Schritte zur Besserung der Verhältnisse im Dienstgewerbe, Betriebskommunismus der Heiztechnik, Materialausnutzung, Bekämpfung der Schwungfunktion, des Pfuscheriums usw. zu tun hat. Es wurde auch angeregt, das Fleckenlegen zu stoppen, da dies Geschäft eigentlich Überfallen" und gezeigt sei, den Plußfall an Dienstleistungen bei Unternehmen und Arbeitern teilweise zu erlegen. Den Unternehmern wurde empfohlen, mit Hilfe der Fabrikanten zu versuchen, sich wieder mehr des Fleckenlegers zu widmen.

* Die Stahlwarenarbeiter der Firma Gottlieb Hammelsbach in Solingen stehen seit über 20 Wochen im Streit. Anfangs waren es nur die Schlägerarbeiter, die mit dem Unternehmen in Differenzen gerieten; nach und nach haben aber die Arbeiter fast aller Berufe Stellung gegen ihreschafft und die Arbeit einstellen müssen.

* Der Verband der Hafenarbeiter erhält einen Aufruf an die Arbeiterschaft, sie möge Hamburg strikte meiden. Es besteht besonders unter den Hafenarbeitern großer Arbeitslosigkeit. Über 1000 (stehen). Schauerleute stehen taglich arbeitslos auf dem Steghausplatte. Trotzdem ziehen die Unternehmer immerwährend noch neue Arbeiter herein. Der Aufruf ist der: ein recht großes Herz von Arbeitern hier zur Erfüllung zu haben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern zu können.

* Massenversammlung für den Heimarbeiterschutz. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen veranstaltet Massenversammlungen, um dem Reichstag und Bundesrat in Erinnerung zu bringen, daß der so dringend nötige Schutz der

Heimarbeiter noch immer der gesetzlichen Regelung harrt. In einer von den Versammlungen beschlossenen Petition heißt es u. a.: Will man nicht unabdingbare Schaden dauernd werden lassen, dann ist ein Einschreiten der Regierung nicht mehr aufzuhören. Hinter einer ganzen Reihe von Staaten ist das Deutsche Reich in Hinsicht auf den Schutz der Heimarbeiter und -arbeiterinnen zurückgeblieben. Deshalb erwarten wir die baldige Durchführung eines wirklichen Heimarbeiterschutzes als Erfüllung einer Ehrenpflicht des Deutschen Reichs und als eine der dringendsten sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Wir halten den bereits am 12. Februar 1907 von der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage eingereichten Gesetzentwurf "Schutz der Heimarbeiter und -arbeiterinnen als das Wohlstandes dessen, was im Interesse der Heimarbeiter zu geschehen hat."

Polizei und Gerichte.

* Was vor der Polizei als Grabrede angesehen wird. Bei der Beerdigung eines Verbandskollegen in Oldenstadt bei Magdeburg wurden bei Niedergang eines Kreuzes auf den Grabbügel folgende Worte gesprochen: "Im Namen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ruhe sanft!" Zurück die paar Worte soll sich der Kollege Körner strafbar gemacht haben, weil er als Redner in einer Versammlung unter freiem Himmel, zu der die erforderliche Genehmigung nicht erteilt war, aufgetreten ist. (Vergehen gegen § 17 der Verordnung über die Verhütung eines gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Vereins- und Verbandsvertrags vom 11. März 1899.) Körner erhielt einen Strafbescheid von 10. Hierher wurde von dem Kollegen Einpräg erhoben. Das Schöffengericht legte den Termin auf den 5. November fest. Am diesem Tage, Morgens 8 Uhr ging dem Kollegen Körner folgendes Schriftstück zu: "Bei der Straftheke Sie wegen Übertretung ist der auf den 5. November 1907 übernommene Termin, zu welchem Sie vorgeladen sind, durch gerichtliche Anordnung aufgehoben. Sie haben daher zu diesem Termin nicht zu erscheinen. Gleichzeitig werden Sie benachrichtigt, daß seitens der Königlichen Amts-anwaltschaft die Strafe fallen gelassen ist. Magdeburg-Kreisamt. Königl. Amtsgericht." Es wäre doch wünschlich, daß die untergeordneten Organe angewiesen würden, solche Anzeigen zu unterlassen, denn sie ereignen bei der Arbeiterschaft doch nur berechtigtes Kopfschütteln über Polizei und Justiz.

Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 7 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalte heben wir hervor: Eine historische Stunde. — Der preußische Parteidtag. Von Paul Singer. — Wahlkampf und Wahlrechtstaat in Preußen. Von Otto Landmann. — Der Blod und die preußische Landespolitik. Von Paul Hirsch. — Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Bremen. Von Josef Küller. — Ein Beitrag zur Landarbeiterfrage. Von L. Radt. — Ein Beitrag der Gemeindearbeiter in Deutschland. Von Emil Dittmer. Notizen: Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft. Von E. C. Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben. Le Socialisme. Von K. K.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 8,25 pro Quartal zu beziehen.

Briefkästen.

Brief, K. Sch. Wir haben den Brief nicht erhalten. Es ist absolut notwendlich, daß jeder für uns bestimmte Brief mit der richtigen und vollständigen Adresse versiehen wird. Darin wird noch unglaublich viel geschieht. Ob erhalten wir Briefe, die einfach "An die Redaktion, Belebenderhof" adressiert sind; dann ist es der reine Zufall, wenn die Post von den sechs oder sieben Zeitungsschriften, die im Belebenderhof wohnen, die richtige herausfindet.

Sachsa. Wir erlauben die Einsendungen in Zukunft aber auch mit einer Unterschrift zu versiehen.

Wolfsbüttel. Besicht hier nicht eingetroffen.

Augsbach. Wir haben kein Buch von der gewünschten Art finden können, sowohl wir auch nachsuchen. Über Proportionalwahlrecht zu gelegbenden Körperfächern findet man näheres in "Das Gründer Programm", von R. Kantsky, Verlag von Dieck in Stuttgart. Preis M. 2 oder M. 2,50.

Regnitz. Versammlungsanzeige zum 19. November erhielten wir am 16.

Anzeigen.

* Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bez. Säthstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Rheda i. W.

Der Vorsteher Franz Brüderl wohnt Moosstr. 246, der Kassierer Fritz Berg, Oppenstr. 36. [M. 1,50] Der Vorstand.

Treptow a. d. Rega.

Die Adresse des Vorsteher ist: Emil Diran, Treptow a. d. Rega, [M. 1,80] Brüderstr. 11.

Zwenkau.

Den Kollegen der Bahnhofszelle zur Mittteilung, daß jetzt jeden Sonntag von 1-8 Uhr Nachmittags, Expeditionszeit in meiner Wohnung Königstraße 47, eingeführt ist. [M. 1,80] Albert Kirchner, Vertrauensmann.

Der Maurer Carl Brandt, geboren in Wandsee, wird um seine Adresse gebeten. N. H., Heide i. Holstein, Schmiedehof 11. [M. 1,20]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 10.-)

Bachen. Am 14. November starb unter Kollege Jost Nohlfing im Alter von 44 Jahren an Gehirnhaarbeteiligung.

Drechsler. Am 11. November starb nach langem Leben unter Verbandsmitglied Ernst Gommlich aus Neuendorf 8 im Alter von 45 Jahren an Lungenerkrankung.

Glimhorn. Am 16. November starb unter langjähriger Mitgliedschaft Heinrich Münter im Alter von 41 Jahren infolge eines Schlaganfalls.

Greifenhagen. Am 14. November starb nach schwerem Leid unter treuer Verbandskollegin Franz Matz-dorf im Alter von 16 Jahren an Lungenschwunducht.

Hörberg, a. d. Elster. Am 16. November starb unter treuer Greifenhagen. Am 14. November starb nach schwerem Leid unter treuer Verbandskollegin Franz Matz-dorf im Alter von 16 Jahren an Lungenschwunducht.

Kleinhorn. Am 10. November starb nach langer Krankheit unter Mitglied Hermann Fröhner an Lungenschwunducht.

Mietzsch. Am 18. November starb der Kollege Moritz Neubert im Alter von 47 Jahren an Gehirnhaarbeteiligung. München. Neuhausen. Am 7. November starb nach langerem Leben unter Kollege Peter Schönwetter im Alter von 61 Jahren.

Schnitz. Am 13. November starb unter versterblichem Kollegen Karl Hetzger im Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankung.

Stavenhagen. Am 15. November starb unter treuer Verbandskollegin Heinrich Holtz im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung und Nierenleiden.

St. Johann. Am 13. November starb unter treuer Verbandskollegin Antonio Macio aus Colazza (Italien) im Alter von 19 Jahren durch Unfall.

Ehre ihrem Andenken!

Nordenham.

Achtung! Rolandsbüttler. Achtung!

Das Verbandslokal der freudigen Maurer des Rolandsbüttlers befindet sich in Karsteins Restaurant, Villastrasse. [M. 2,10].

Woldenberg i. d. Neum.

Sonntagnachmittag, den 30. November, Nachmittag 3 Uhr:

Herbstvergnügen

im Lokale des Herrn Karl Schleusener ::

Die Kollegen von Woldenberg und Umgegend werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,80] Der Vorstand.

Gruß für Herren 75 &

Seesen.

Sonntag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr:

Wintervergnügen

im Saalbau

bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Alle Kollegen von Seesen und Umgegend sowie von den umliegenden Zweigvereinen werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 3,90]

Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, den 24. November.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der "Semperhalle".

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im "Restaurant Walderterrasse". Mitgliedsbücher mitbringen!

Schweinfurt. a. d. sch. Elster. Vorm. 10½ Uhr im Saale von Schmidt.

Sonneberg I. Th. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. T.O.: Vorstandswahl.

Wurzbach. Nachm. 2 Uhr im Remmelsches Saal.

Mittwoch, den 27. November.

Sora, Nachm. 6 Uhr in der "Gloria". Bücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 1. Dezember.

Nossen. Nachm. 2 Uhr im "Gasthof zu Post". Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonneberg I. Th. Bahnhofsvorsteher. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Ribitz. Nachm. 4 Uhr im Gewerbeschulhaus. — Vorstandssitzung 8 Uhr.

Freitag, den 6. Dezember.

Sommerfeld. Abends 6 Uhr im Vereinslokal.

Sonntag, den 8. Dezember.

Langenweihersdorf. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Spatz.

Sonntag, den 15. Dezember.

Ansburg. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung. T.O.: Vorstandswahl.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Klier & Co. in Hamburg.